

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 2. Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementsspreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 11. Januar 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzelle
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

22. Jahrg.

Wirtschaftliche Krise und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

II.

Das Misverhältnis zwischen der Produktivkraft der menschlichen Arbeitskraft und der Massenkaufkraft ist die Ursache der modernen Wirtschaftskrisen. Der Kapitalismus hat sein Möglichstes getan, um dies Misverhältnis auf die Spitze zu treiben. Geradezu planmäßig und bewußter Absicht sind die herrschenden Klassen darauf aus, die Kaufkraft der großen Masse des Volkes zu vermindern, anstatt sie zu steigern. Einerseits haben sie in den guten Geschäftszeiten jeder Lohnerhöhung den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt und stets war es ihr eifrigstes Bestreben, die Lebenshaltung des Volkes auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten. Andererseits haben sie es vortrefflich verstanden, die Preise der notwendigsten Lebensmittel kolossal in die Höhe zu treiben. Beide Wege sind durchaus geeignet, die Massenkaufkraft zu schmälern. Das Quantum Geld, das durch die Arbeitslöhne unter die Volksmassen strömt, bestimmt die Höhe der Kaufkraft, jemehr Lohn also ausbezahlt wird in einem bestimmten Zeitraume, desto mehr können die Arbeiter kaufen. Leider ist aber der Wert des Geldes relativ, denn es kommt nicht nur auf die Höhe des Arbeitslohnes an, sondern vor allen Dingen auch darauf, wie viel man für das Geld kaufen kann. Und da unsere ganze Steuer- und Bollpolitik den Zweck verfolgt, die Preise aller Waren zu steigern, so drückt sie dadurch zugleich die Kaufkraft des Geldes herab. Da ist es denn kein Wunder, daß als Folge der total verkehrten Wirtschafts- und Verteilungsweise des Kapitalismus die Krisis ihr häßliches Gesicht zeigt.

Vermutlich wird die Wirtschaftskrise — entgegen der früher maßgebenden Krisentheorie — nicht mit derselben Schärfe auftreten, wie dies vor Jahren der Fall war. Die Unternehmerkartelle haben sich bekanntlich das Ziel gesetzt, die Produktion in ein halbwegs vernünftiges Verhältnis zur Konsumtion resp. zur Massenkaufkraft zu bringen und sie sind diesem Ziele in manchen Branchen ziemlich nahe gekommen. Auf der andern Seite haben die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen mit Erfolg dazu beigetragen, die Arbeitslöhne und damit die Massenkaufkraft auf eine halbwegs vernünftige Höhe zu bringen. Die kommenden Monate müssen es zeigen, ob diese beiden wirtschaftlichen Faktoren, die zu Marx Zeiten noch unbekannt waren, wirklich ein geringeres Eintreten der Krise im Gefolge haben werden. Immerhin aber steht fest, daß der bevorstehende Niedergang der Geschäftskonjunktur der arbeitenden Bevölkerung in manche Entbehrung auferlegen und viel Not bringt wirkt. Das ist ja leider immer so, daß die schlechten Seiten sich gerade bei den unteren Schichten des Volkes am meisten fühlbar machen. Aus diesem Grunde haben auch die Arbeiter die größte Ursache, sich gegen die Folgen der Krisis zu schützen.

Diese Folgen sind bekanntlich Arbeitsmangel und Lohnherabsetzungen. Der Kapitalismus wendet nämlich beim Eintreten einer Krisis die verkehrtesten Mittel an, die es gibt, um die Krise zu heben, indem er Arbeiterentlassungen vornimmt und die Arbeitslöhne herabsetzt. Diese Mittel verschärfen offenbar die Wirkungen der Krise, indem sie die Massenkaufkraft noch mehr vermindern, als es ohnehin schon der Fall ist. Denn wenn noch weniger Geld unter die Leute kommt, so ist erst recht keine Aussicht vorhanden, daß die überschüssigen Waren schnell geräumt werden. Über der Kapitalismus ist nun einmal mit unheilsbarer Blindheit geschlagen und bei jeder neuen Gelegenheit macht er dieselben Fehler wieder, die er schon hundert Mal gemacht hat. Und hier hilft kein vernünftiges Bureauden, denn das Kapital setzt das private, egoistische Interesse über das

Wohl der Gesamtheit und auf das Wohl der Arbeiterklasse nimmt er nicht die geringste Rücksicht.

Deshalb muß hier die Arbeiterorganisation eintreten und zwar fällt den Gewerkschaften die große, schwere, aber auch lohnende Aufgabe zu, der wirtschaftlichen Krisis die schlimmsten Zähne auszubrechen. Zunächst muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder dazu erziehen, die Arbeitseistung einzuschränken; sei es, daß die Arbeitszeit verkürzt oder daß die Arbeitsintensität herabgesetzt wird. Die Kollegen müssen solidarisch denken und fühlen, den Egoismus einzudämmen und bewußtmaßen auf die Interessen der andern Kollegen Rücksicht nehmen. Das Drauflosschaffen und das Raffen für den eigenen Geldbeutel muß aufhören, und jeder Kollege muß denken, daß auch andere Leute etwas verdienen wollen. Es ist ja traurig aber wahr, daß manchmal in den schlechtesten Zeiten gewisse Nachkollegen so wenig Kollegialität besitzen, den andern Kollegen die Arbeit vor dem Mund wegnehmen, indem sie Nebenstunden machen und ihre Leistungen steigern.

Wir wissen sehr wohl, daß es im Grunde genommen ein Unsinn ist und daß es jeder vernünftigen Wirtschaftsweise widerspricht, seine Leistung einzuschränken, aber der Kapitalismus ist nun einmal eine verriechte Ordnung und die Arbeiter müssen sich leider dieser Verrücktheit anpassen. Und außerdem kommt hinzu, daß die Seiten einer Krisis Maßnahmen fordern, die unter normalen Verhältnissen zu verwerfen sind. Deshalb bleiben wir dabei, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern ein gemäßiges Arbeiten zur Pflicht machen müssen, unbekümmert darum, ob auch die Unternehmer Peiter und Mordio schreien.

Zweitens ist es notwendig, daß die Gewerkschaften jeder Lohnherabsetzung den entgegensezten und ihre augenblickliche Lohnhöhe mit Hörnern und Klauen verteidigen. Und einer festgeschlossenen, innerlich und äußerlich starken Organisation wird es gelingen, die auf die Herabsetzung der Arbeitslöhne gerichteten Gewaltauseinandersetzungen der Unternehmer zu verteilen. Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, wie verhängnisvoll es für unser Wirtschaftsleben sein würde, wenn durch Lohnreduktionen die Massenkaufkraft vermindert werden sollte. Allerdings wird sich die Gewerkschaft auch hier mehr auf ihre eigene Kraft als auf die sozialpolitische Einsicht der Unternehmer verlassen müssen. Denn es wird wohl wenige Unternehmer geben, die die Sachlage so vernünftig beurteilen, wie der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden, der sich in folgenden Worten gegen die Lohndrückerei wendet:

"Tatsächlich liegen die Verhältnisse jetzt so, daß die Mitglieder des Verbandes die Löhne in der Höhe, wie dieselben 1899 und 1900 bestanden haben, fortgezahlt, während die außerhalb des Verbandes stehenden Unternehmer die Löhne reduziert haben; die jetzt geringe Nachfrage nach Arbeitskräften macht es nun den Arbeitern unmöglich, aus eigenen Kräften diese Lohndrückenden Unternehmer zu sperren, ja, die Arbeiter sind schwach genug, sich selbst zu billigeren Lohnsäcken anzubieten, also selbst die handzu bieten zur Verstärkung ihrer wirtschaftlichen Lage. Diese Anerbietungen zu billigeren Säcken sind bis jetzt infolge der Beschlüsse des Verbandes von dessen Mitgliedern zurückgewiesen worden. Von den nicht im Verband befindlichen Unternehmern werden solche Verhältnisse natürlich ausgenutzt. Es steht ohne weiteres fest, daß die Löhne bis jetzt noch viel erheblichere Reduktionen erfahren würden, hätte nicht der Verband seine Mitglieder aufs strengste verbindlich gemacht, alle Lohnreduktionen zu unterlassen. Natürlich sind dadurch die Verbandsmitglieder den Außerhalbstehenden gegenüber im Nachteil. Die Verbandsmitglieder nun, die großen Ausführungen haben und die alten Löhne fortzahlen müssen, werden dadurch, daß die Außerhalbstehenden niedrige Löhne zahlen, unmutig, und die Folge wird eine

Schwächung des Verbandes sein, der und jener wird austreten wollen. Abmeldungen sind tatsächlich schon erfolgt. Die Bestrebungen des Verbandes, geordnete Lohnverhältnisse zu schaffen, werden also tatsächlich vereitelt. Es ist daher ohne weiteres klar, daß ohne nachdrückliche Unterstützung derjenigen Bauherren, die die meisten Arbeiten in der jetzigen Zeit ausführen, und das ist Staat und Stadt, der Arbeitgeberverband nicht in der Lage ist, den Lohn für die Bauarbeiter auf der jetzigen Höhe zu erhalten. . . . Der Arbeitgeberverband ist der Meinung, daß das ehrne Lohngesetz in Hinsicht auf unsere heutigen sozialen Umstreuungen durchaus ferngehalten werden muß, man muß aufhören, die menschliche Arbeitskraft als Ware zu betrachten. Nicht Angebot und Nachfrage, sondern das Verdienst der Arbeitenden muß die Lohnhöhe bestimmen. Der Verband ist der Meinung, man soll den Lohn in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges nur dann reduzieren, wenn in guten Zeiten der Lohn übermäßig in die Höhe getrieben wurde. Das ist nun in Dresden durchaus nicht der Fall, dennnoch auch jegliche Lohnreduktion unberechtigt."

Mögen nun aber die Unternehmer vernünftig oder unvernünftig vorgehen, unsere Pflicht als Gewerkschafter ist es, durch straffen Zusammenschluß uns über die schlimmsten Seiten, die uns bevorstehen, hinweg zu helfen. Hoffentlich wird uns eine Organisation dieser Aufgabe gerecht werden können und unsere Mitglieder festhalten an der Organisation und ihren Errungenschaften der guten Jahre.

Der Schutz gegen Bleiverätzungen im Königreich Württemberg.

Der letzte Jahresbericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten teilt mit, daß es im Jahre 1906 1063 revisionspflichtige Betriebe im Maler- und Anstreicher- und den verwandten Gewerben gegeben hat. In 188 derselben wurde die Einrichtung des Betriebsraumes bemängelt, in 190 fehlten der Aussang der Bundesratsverordnung, insgesamt waren 226 Betriebe zu beanstanden. Es wurden aber leider Personen wegen dieser Übertretungen bestraft, das keine guten Aussichten erwacht für eine künftige bessere Einhaltung der Vorschriften. Die Gewerbeaufsichtsbeamten teilen mit, daß sie sich mit lebhaftem Interesse um die Malerbetriebe bemüht hatten, weil auf die Durchführung der Verordnung zum ersten Male hingewirkt werden sollte. Aus dem 1. Gewerbeaufsichtsbezirk, der aus dem Neckarkreis, alle Oberamtsbezirke mit Ausnahme des Stadtkreises Stuttgart und die Oberamtsbezirke Esslingen, Brackenheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn und Backnang; und aus dem Schwarzwaldkreise die Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg umfaßt, wird berichtet, daß die den Arbeitern zur Reinigung und zur Verhütung von Gesundheitsschädigungen vorschriftsmäßig zu überlassenden Geräte wie Handtischi, Nagelsägen und vergleichen nach den Wahrnehmungen der Gewerbeaufsichtsbehörden im Hinblick auf die Vollständigkeit und Brauchbarkeit häufig nicht den gesetzlichen Ansprüchen entsprachen. Auch der Hinweis der Meister auf die die Arbeiter bedrohenden Gesundheitsschädigungen, die Aushäufung des Bleimerkblattes, der Hinweis auf den Wert der Steinlichkeit des Körpers, auf die verminerte Widerstandsfähigkeit gegen die Aufnahme des Giftes infolge des schwächeren Genusses von Brannwein und anderem, waren vielfach nicht vorschriftsmäßig erfolgt und gaben zu Beanstandungen Anlaß. Das Gleiche war der Fall gegenüber den Versuchen der Unternehmer, die Kosten der Instandhaltung der Geräte auf die Arbeiter abzuwälzen.

Aus dem 2. Gewerbeaufsichtsbezirk, der die Oberamtsbezirke Stuttgart-Amt und Böblingen und den ganzen Schwarzwaldkreis mit Ausnahme der Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg umfaßt, ist zunächst festzustellen, daß sowohl von den Polizeibehörden als auch vom württembergischen Malerbund viel geschehen ist, um die einzelnen Unternehmer mit den ihnen durch die neue Verordnung auferlegten Verpflichtungen vertraut zu machen, und daß besonders auch die organisierten Arbeiter auf deren Be-

achtung hielten. Die Gewerbeaufsichtsbeamten heben hervor, daß sie bei ihren Revisionen auf keinen zu großen Widerstand der Unternehmer stießen. Dabei spielt zwar jedenfalls auch der Umstand eine Rolle, daß die Bekanntmachung in der Hauptsache kleine, rein handwerksmäßige Betriebe trifft und daß viele von den vorwiegend aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Unternehmern die Gefahren ihres Berufes insbesondere die durch eine Bleivergiftung hervorgerufenen Gesundheitsschädigungen genau kennen. Von drei Fällen von Bleierkrankungen, welche Betriebsunternehmer betrafen, erhielt der Gewerbeinspektionsbehälter durch deren eigene Mitteilung Kenntnis. Einer gab an, daß er früher viel Bleifarben verarbeitet habe, und dadurch „magenkrank“ geworden sei, was der ihn behandelnde Arzt festgestellt habe. In seinem Betrieb ist jetzt die Verwendung von Bleifarben auf das Maßstabe beschränkt. Der zweite Malermeister teilte mit, daß er an Bleikolik leidet, welche jedes Jahr stark auftritt, und daß er früher als Lehrling und als Gehilfe viel Bleiweiß habe trocken abreiben müssen. Er verarbeitet jetzt noch 300 bis 500 Kilo Bleiweiß jährlich, das er schon mit Öl angereichert hat. Der dritte Fall betrifft den Inhaber eines Malerbetriebes mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 1000 Kilo Bleiweiß, bei dem der Arzt, als er ihn wegen schweren Augenleidens zu behandeln hatte, Bleivergiftung festgestellt hatte. In den Betrieben dieser drei Malermeister wurden schon in deren eigensten Interessen die Bestimmungen der neuen Bekanntmachung eingehalten.

Der Aufsichtsbeamte glaubt, den Rückgang in der Verwendung von Bleifarben feststellen zu können, für Außenanstriche von Gebäuden behalten allerdings viele, insbesondere ältere Malermeister das Bleiweiß bei, da sie die Ersatzmittel wie Binkweiss, Lithopone und Bergl. als nicht genügend dauerhaft bezeichnen. In Eisenkonstruktionswerkstätten hatte bleifreier Schleifgrund die bisher fast ausschließlich benutzte Bleimennige verdrängt. Die Generaldirektion der württembergischen Staatseisenbahnen hat schon Ende 1905 angeordnet, daß in ihren Werkstätten die vorhandenen Bestände an Bleipräparaten mit den nötigen Vorsichtsmahzregeln tunlichst rasch aufzuarbeiten seien und künftig die Verwendung von solchen ganzlich zu unterbleiben habe. Zugleich wurde bestimmt, daß als Ersatz derselben zu dienen habe für Bleiweiß: Binkweiss, Silbrettweiss, Lithoponweiss oder andere durch Versuch noch zu erprobende Deckfarben; für Bleimennige zu Anstrichzwecken: die teilweise schon in Anwendung stehenden Stoffschutzfarben und weitere noch zu erprobende einschlägige Anstrichmittel; für Bleimennige zu Dichtungs- und Verpackungszwecken: Eisenmennige-Manganlith.

Über die bei den Revisionen im Einzelnen erhobenen Zwiderhandlungen wird berichtet, daß an Neubauten für die Arbeiter häufig keine passende Gelegenheit vorhanden war, um die ihnen von den Unternehmern gesetzerten Waschgefäße, Bürsten, Seife, Handtücher und Bergl. gut aufzubewahren und daß deshalb die Arbeiter diese Gegenstände selten auf den Bauplatz mitnahmen. Ebenso mußte an Neubauten das Fehlen einer Kopfbedeckung bei den Arbeitern häufig beobachtet werden.

Die den Arbeitern bei ihrem Eintritte einzuhändigen-

den Abdrücke der Bekanntmachung und des Bleimerkblattes gaben, soweit sie von Mitgliedern des württembergischen Malerbundes herstammten, zu einer schriftlichen Auseinandersetzung mit diesem Verbande Veranlassung. Diese Abdrücke enthielten nämlich in einem Anhang die Bestimmung, daß für das wöchentliche Waschen der Handtücher jeder Gehilfe selbst zu sorgen habe. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben darauf hingewiesen, daß für die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmung die Unternehmer zu sorgen und sonach auch ausschließlich hierfür die Kosten zu tragen haben, also auch für das Waschen der Handtücher die Unternehmer aufzukommen haben.

Auch in den Malerwerkstätten des dritten Aufsichtsbezirks, der den ganzen Donaukreis und den Oberamtsbezirk Esslingen umfaßt, wurden mehrfach Bleierkrankungen ermittelt, die Unternehmer klagen über mangelnde Reinlichkeit mancher Arbeiter. Die älteren Leute lassen sich sehr schwer von ihren schlechten Gewohnheiten abringen, so vom Stauchen und Schnupfen während der Arbeit mit ungewaschenen Händen, wodurch dem Körper das Gift sehr rasch zugeführt wird. Im allgemeinen, meint der Gewerbeaufsichtsbeamte, wird der Durchführung der Verordnung von Meistern und Gehilfen volles Verständnis entgegengebracht, das auch den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter nachgerühmt wird. Im allgemeinen ist die Verwendung von Bleiweiß im Rückgang, viele Betriebe haben die Verwendung von Bleifarben aufgegeben.

Im vierten Aufsichtsbezirk, der den ganzen Jagstkreis und aus dem Neckarkreise die Oberamtsbezirke Bad Cannstatt, Heilbronn, Neckarsulm, Waiblingen und Weinsberg umfaßt, zeigten sich die Handwerksmeister zunächst wenig geneigt, den Bestimmungen der neuen Bekanntmachung gerecht zu werden. Oft wurde bei der Revision von den Meistern geäußert, daß sie jetzt Versuche mit Ersatzmitteln für Bleiweiß machen, um die Verwendung der letzteren soweit als irgend möglich einzuschränken zu können. Tatsächlich soll auch im Verbranch von Bleiweiß ein Rückgang eingetreten sein; nach den Mitteilungen einer Bleiweißfabrik des Bezirks ist vom Verband deutscher Bleiweißfabriken im Dezember 1906 eine Verminderung des ganzen Bleiweißabsatzes für dieses Jahr gegenüber den Vorjahren um die Hälfte festgestellt worden. In den Fabrikbetrieben mit Abteilungen, auf welche die Bestimmungen der Bekanntmachung Anwendung finden, steht deren Durchführung im allgemeinen auf keinen Widerstand, wenngleich sich die Einrichtung besonderer Wasch- und Ankleideräume in einigen Fällen schwer ermöglichen ließ.

Einen Maßstab für die Durchführung der Bundesratsverordnung findet man auch in der Beschäftigung der Fabriken zur Herstellung von Bleifarben. Die Erhebungen in der einzigen Fabrik des ersten Bezirks haben ergeben, daß dort 20 Arbeiter gleichzeitig mit der Produktion von Bleifarben beschäftigt wurden. Die gesundheitsgefährlichen Arbeiten wurden von 58 Personen im Wechsel besorgt, wobei Bleierkrankungen nicht vorkamen. Dagegen erkrankten in einer Farbensfabrik des vierten Bezirks, in welcher Bleiweiß, sowie mit Bleiweiß vermischt Farben hergestellt wurden, neun Arbeiter an Bleikolik.

Im Falle des Tieres, das ja, bevor dem Menschen die Kunst des Webens und Wirkens gegeben ward, sich als eine Art Universalmittel für alle Zwecke erwies, denen späterhin und bis auf den heutigen Tag gewebte und gewirkte Stoffe dienten. Aus dem Tierfell fertigte der Mensch jener Kulturrepoche seine Kleidung und zwar sowohl seine Leib- und Kopf- wie auch Fußbekleidung, es war seine Lagerstatt und wurde auch das geeignete Mittel zur Verhüllung und Bekleidung und ebenso zur Dekoration von Wand und Fußboden. Die Felle der Tiere in ihrer großartigen Mannigfaltigkeit nach Form, Farbe und Art der Behaarung erwiesen sich nicht nur als ein sehr praktisches und dauerhaftes Material, das Nässe und Risse von Wand und Fußboden fern hielt, sondern auch als ausgezeichnete Decorationsstoffe, der dem individuellen Geschmack die reichste Auswahl und der künstlerischen Geschmacksentwicklung ein fruchtbare Feld darbot. Den ersten Aufschwung zur Verwendung des Tierfelles als Decorationsmittel und damit zu einer höheren Entwicklung der dekorativen Wandbekleidung, als sie die Verwendung von Laub und Zweigen für diese Zwecke ermöglicht hatte, hat zweifellos im Altertum die Lebensweise der wandernden Nomadenvölker gegeben, deren leicht bewegliche Zelte im wesentlichen aus über ein einfaches Gerüst gehängten Tierfellen bestanden. Aus der Tierfellwand wurde dann später, als sich die nomadisierenden Horden zu sesshaften Völkern umgewandelt hatten und feste Wohnungen, Hütten und Holzhäuser bauen lernten, ein dauernder Wandschmuck. Das Fell wurde künstgerecht bearbeitet und zugerichtet, die Farbe durch künstliche Farbmittel gehoben, die Behaarung durch geeignete Bearbeitung ihres allzu rauhen Außenseiten beraubt, die Ränder stellenweise in Metall eingefasst und das ganze noch mit verschiedenen Schnüren und Ketten versehen. Solche Fellteppiche aus Wand- und Fußbodenbekleidung kennen wir aus den Berichten und Reisebeschreibungen, die uns zahlreiche Schriftsteller des klassischen Altertums hinterlassen haben. So mag das Tierfell viele Jahrhunderte hindurch die Funktion erfüllt haben, die heutige Teppich und Tapete erfüllen, und auch als die mittelalterliche Teppich- und Tapetenindustrie bereits erstanden war, und deren herrliche Erzeugnisse an erste Stelle getreten waren, blieb es neben diesen immer noch ein geliebtes Mittel der Wand- und Fußbodendekoration. Auch heute noch ist das Tierfell als Jagdtrophäe ein wertvoller Wandschmuck des vornehmen Herrenzimmers, wie es auch als Fußbodenbelag, sei es als Vorleger für Stuhlebene oder Chaiselongue, sei es als Laufteppich, in keiner eleganten Wohnung fehlen darf.

Doch die eigentliche künstlerische und kunstgewerbliche

Entwicklung der Wandbekleidung begann erst mit der auf einer bedeutend höheren Kulturstufe erfolgten Erfindung und Entwicklung der Web-, Strick- und allgemeinen Textilkunst, die in dem Gewebe nicht nur einen für alle möglichen praktischen Zwecke geeigneten Deckstoff, sondern auch ein der reichsten künstlerischen Bearbeitung und Ausbildung fähiges Material erzeugte. Es begann die Entwicklungsgeschichte des Teppichs, der das gesamte Altertum und Mittelalter hindurch bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts das bedeutendste und vornehmste Mittel der Wandbekleidung werden sollte. So ist die Geschichte des Teppichs also gleichbedeutend mit der Geschichte der Tapete, als welcher jener die Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch in erster Linie fungierte, bis er in der Funktion der Wandbekleidung im achtzehnten Jahrhundert durch die wohlseile Klebetapete größtenteils verdrängt wurde, die sich zwar an künstlerischem Wert und Inhalt nicht im entferntesten mit dem herrlichen Wandbekleidung mischen kann, den wir in den altertümlichen und mittelalterlichen Wandteppichen, den Erzeugnissen eines hochentwickelten Kunstgewerbes, ja schon mehr einer selbständigen Kunst bewundern, die dafür aber infolge ihrer Wahllosigkeit die dekorative Wandbekleidung, bis dahin nur ein Vorrecht der Reichen, zum Allgemeingut erhob und heutigen Zeugen fehlt noch der ursprüngliche Wohnstube ein freudliches Aussehen verleiht. In ihrer ursprünglichen Funktion sind also Teppich und Tapete miteinander identisch; die Tapete entwickelt sich jedenfalls erst aus dem Teppich, und wenn wir die Geschichte der Tapete schreiben wollen, so müssen wir mit der Entstehung und Entwicklung der Teppiche beginnen.

Die alten orientalischen Kulturrösser Assyrer, Babylonier, Perier waren es, die als erste die Erzeugung von Wandteppichen betrieben und die Kunst bereits zu hoher gewerblicher und künstlerischer Entwicklung brachten. Die genannten Völkerschaften waren ihrer Wandteppiche wegen schon im Altertum bei den europäischen Kulturrössern, Griechen und Römern, berühmt, und besonders die phönizischen Städte Tyros und Sidon (das heutige Saida am Mittelmeer) und ebenso die Stadt Bergamon galten als Hauptstädte der Teppichkunst, deren herrliche Erzeugnisse auf dem Handelsweg über die gesamte Kulturstufe des Altertums verbreitet wurden. Von den Erzeugnissen der alten orientalischen Bildweberei und Stickerei entwerfen die alten griechischen und römischen Schriftsteller ganz geprägte Schilderungen. Besonders die Römer trieben in solchen orientalischen Wandteppichen einen großen Handel. Bildeten Teppiche doch den größten Schmuck des vornehmsten römischen Hauses, der als Vorhang für Fenster

gegen gesetzt werden konnte. Und es ist eine alte Regel, daß Macht leicht zu Übergriffen verleiht. Und gerade der Umstand, daß ihnen nichts entgegenstellt werden konnte, veranlaßte die Gewerkschaften, sich Übergriffe ihrer Macht zu erlauben. Es war daher die höchste Zeit, daß man den Ruf erholten ließ: "Gründet Arbeitgeberverbände!" Und dieser Ruf hat sich im Handwerk als außerordentlich fruchtbbringend erwiesen. In den letzten zwei Jahren. Das ist ein erfreuliches Zeichen, ein Zeichen sozialpolitischer Erziehung, das, wie ich hoffe, in fortschreitender Bewegung noch die schönsten Früchte zeitigen wird. Meine Herren! Das Handwerk steht heute anders da als ehemals. Das Handwerk ist dank der Tätigkeit aus seiner Mitte entstandener ein wichtiger Führer zu einem erheblichen Teile sozialpolitisch erzogen. Es hat sich auch, was ich hier nur flüchtig berühre, auf seine politische Bedeutung besonnen, und ich hoffe, daß es möglich sein wird, das Handwerk wieder besseren Tagen zu aufzuhalten, Tagen, die ihm die Harmonie und die Freiheit, die Schaffensfreudigkeit wiedergeben. Ich hoffe, daß uns das gelingen wird durch die Mitarbeit aller Handwerker und Gewerbetreibenden. Der reiche Besuch unserer heutigen Tagung deutet ja darauf hin und lädt uns hoffen für die Zukunft erhoffen."

Gleich der erste Redner, der ultramontane Reichstagsabgeordnete Dr. aus Bayern, hante in dieselbe Kerbe und empfahl die Bildung von Arbeitgeberverbänden. Er führte folgendes aus: "Das Verhalten der Kollegen wird entscheidend dafür sein, ob der Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände einen Wert hat. Denn wodurch ist es überhaupt möglich gewesen, daß seit ein paar Jahren so viele Streiks vorgekommen sind? Die Antwort ist sehr einfach: weil sich die Kollegen zu einander nicht so verhalten haben, wie es sein sollte. Die Uneinigkeit, dieser Konkurrenz, das Misstrauen, das Abschrecken voneinander, das Nichtaufschlüsseln usw., ist nicht nur daran schuld, daß für die geleistete Arbeit oft ein ganz miserabler Preis erzielt wird, sondern auch daran, daß durch die von den Arbeitnehmern gewonnenen Streiks die Arbeitslöhnne immer höher werden und dadurch die Lage der Malermeister immer noch schlechter wird. Dem abzuholzen, sollen Arbeitgeberverbände gebildet werden, und es ist leider eine Notwendigkeit, daß die Kollegen diesen Verbänden überall beitreten. Die Kosten, die dadurch dem einzelnen erwachsen werden, werden sich gut rentieren. Nach einer Zusammensetzung des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften haben die christlichen Arbeiter durch die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906 eine Lohnverhöhung von im ganzen 5 bis 7 Millionen Mark erzielt. Da nun die sogenannten „freien“ Gewerkschaften an Mitgliederzahl sehr viel stärker sind und sich mindestens ebensoviel bewußt haben als die christlichen, so wird für jene die Summe noch erheblich höher sein. Man kann wohl sagen, daß die Arbeitgeber heute infolge von Streiks an Lohn für die gleiche Arbeitsleistung aber bei verminderter Arbeitzeit etwa 10 bis 12 Mill. Mark mehr bezahlen müssen als vor zwei Jahren. Inzwischen die Maler an dieser Summe beteiligt sind, das läßt sich nicht feststellen. Das aber ist sicher, daß die Mehrausgaben an Lohn auch bei ihnen viel stärker zugemessen haben als die Einnahmen. Die Konkurrenz und die Submissionsforschen schon dafür. Diese zunehmende Verschlechterung der Lage des Meisterstandes sollte doch jeden Kollegen zum Nachdenken darüber veranlassen, wohin die jetzige Uneinigkeit unter den Kollegen führt. Für den Arbeitnehmer lohnt es sich ebenfalls, seinen Wochenbeitrag für die Gewerkschaft zu opfern; im Hinblick auf die Millionen Mehrlohn ist der Nutzen eines solchen Opfers sehr leicht einzusehen. Ist es aber nicht natürlich, daß unter diesen Umständen auch jeder Meister einem Arbeitgeberverband beitritt und nach dessen

und für nach Art der Porträts fungierte, als Wandbekleidung diente, auch den Fußböden deckte und die Lagerstatt zerte. Ferner dienten Teppiche auch als bewegliche Wände zur Herstellung bzw. Abteilung kleinerer Gemächer in den weiten Räumen römischer Paläste, also ungefähr in der Funktion spanischer Wände, und bei Fest- und Triumphzügen bildeten Teppiche, von Sklaven getragen, ganze Straßen. Die Darstellung der Teppiche bestand in reichen figürlichen Ornamenten, Arabesken, phantastischen Menschen- und Tiergestalten und ganzen Gemälden kultur- und kriegsgeschichtlichen Inhalts. Die römischen Teppiche geben den modernen an künstlerischem Reichtum, an Farbenpracht und Schönheit der Darstellung sicherlich nichts nach, wobei es allerdings unentzweidien ist, ob sie schon durch Stickerei im Gewebe oder durch Malerei auf Stoffe hergestellt wurden; wahrscheinlich bestand die Technik in der Verwendung beider Herstellungsarten in geeigneter Kombination.

Von den Stömmern ging die Verwendung und Verwendung der Wandteppiche auf die mittel- und nordeuropäischen Völker über, und zur Zeit der Entstehung des Christentums war hier der Teppich bereits ein geschätzter Wandschmuck. Die Kirche selbst verbandte ihn mit Vorliebe als hängende Wand, die durch vier Säulen getragen, den Altar allseitig umgab. In den Palästen der fränkischen Könige und Fürsten wurde der Teppich bereits in weitem Umfang als Mittel der künstlerischen Wandbekleidung gebraucht und die Leistungen der damaligen abendländischen Teppichherstellung sind schon recht beachtenswert. Ein starken Impuls fruchtbare Entwicklung erhielt sie jedoch zuerst durch die Kreuzfahrer, durch die den abendländischen Völkern die Kulturstadt des Orients erschlossen wurde. So wurde dieser auch die Kenntnis der von altersher im Orient in hoher Blüte stehenden Gebissweberei, Decken- und Teppichdecoration vermittelte, und der orientalische Stil erlangte letztendlich Bürgerrecht in der abendländischen Teppichwirkerei. Die Seide, das vornehmste Material dieses Stoffs, wird auch im Abendländischen der Stoff der Dekorationsgewebe. Auf Seide im orientalischen Stil ornamentierte Decken- und Teppichgewebe wurden besonders in Italien und Frankreich unentbehrliche Requisiten des vornehmsten mittelalterlichen Hauses — stellt die ausgedehnte und weitberühmte venezianische Teppichherstellung, die ein gut Teil von ganz Europa mit Dekorationsstoffen versorgte, war gänzlich vom orientalischen Geschmack geprägt.

(Schluß folgt.)

Schungen handelt? Denn es kommt nicht nur darauf an, Verbandsmitglied zu sein, sondern es muß auch in Zeiten der Gefahr, besonders bei Streiks, Gemeinsam betätigt werden. In dieser Hinsicht müssen die Meister von den Arbeitern und Gehilfen noch lernen. Ich erinnere daran, daß erst vor ein paar Tagen in München in einer Arbeiterversammlung der einstimmige Beschluß gefasst wurde, alle Verhandlungen abzubrechen, und daß dort alle Anwesenden erklärt, sie seien jederzeit bereit, den Anordnungen der Organisation zu folgen. Ein Lohnkampf ist ein Krieg, und die Partei, welche keine Disziplin kennt und von den eigenen Leuten im Stich gelassen wird, muß sich unbedingt dem Gegner ergeben. Darum ist Gemeinsam und Standesehrere notwendig. Und wenn sich manche Kollegen nicht zu diesem idealen Standpunkt ausschwingen können, so müssen sie doch durch die finanziellen Nachteile dahin gebracht werden, sich gegen Streiks zu rüsten. Wir Maler sind im allgemeinen gewiß nicht daran schuld, daß die Worte „Meister“ und „Geselle“ im wirtschaftlichen Leben um ihre frühere Bedeutung gekommen sind und mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden sind durch die Worte „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. Ich erwähne das, weil zwischen „Meister“ und „Geselle“ viel weniger Streit vorgekommen ist als zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“.

Nun werden ja in Zukunft trotz aller Tarifverträge und auch trotz aller Arbeitgeberverbände noch Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorkommen, und deshalb ist die Untersuchung der Frage notwendig: Wie sollen sich die Kollegen bei Streiks verhalten? Die Antwort ist nicht schwer: Genau so wie die Gehilfen irgendwo in Streiks treten, kommt ihr Organisationsleiter, der dafür bezahlt wird, daß er ihre Interessen vertritt, und die Gehilfen sehen dann zu, wie die Sache geht. Sie sorgen höchstens dafür, daß keine Arbeitswilligen zu haben sind, und suchen für die Streitenden anderwo Arbeit zu finden. Genau so, meine Herren, müssen Sie es machen. Sie dürfen nicht einzeln mit den Gehilfen verhandeln, sondern müssen die Gehilfen an die örtliche Verbandsleitung verweisen, denn ebenso wenig wie der einzelne Meister auf einen einzelnen Gehilfen angewiesen ist, ebenso sehr haben die Arbeitgeber ein Interesse daran, daß ein einzelner von ihnen nicht allein mit den Gehilfen verhandelt. Unterliegt nämlich der einzelne Arbeitgeber, dann werden sich die Folgen für die anderen bald bemerkbar machen.

Die Arbeiter suchen zu verhindern, daß diejenigen, die arbeiten wollen, arbeiten können, und sie wenden dabei sehr oft gewalttätige Mitteln an. Die Anwendung von gewalttätigen Mitteln kann ich natürlich für die Arbeitgeber nicht empfehlen, wohl aber muß ich die Kollegen auffordern, daß sie einander nicht in den Rücken fallen. Es ist von den Kollegen sehr unvorsichtig gehandelt, wenn sie solche Arbeiter einstellen, die von einem Orte kommen, wo gestreikt wird. Erstens werden diese Arbeiter in der Regel sofort nach Beendigung des Streiks wieder dahin gehen, wo sie früher gewesen sind, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Meister, bei dem sie Arbeit gefunden haben, recht ist oder nicht. Zweitens werden diese Arbeiter ihre Kollegen an ihrem früheren Arbeitsort mit Geld unterstützen, damit diese den Streik länger aushalten und bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Drittens werden diese Arbeiter die anderen Gehilfen, die sie bei dem Meister vorfinden, bearbeiten und sie veranlassen, gewisse Wünsche zu stellen. Besonders die Kollegen auf dem Lande möchte ich bitten, nicht diese Unvorsichtigkeit, deren Folgen ich eben gezeigt habe, zu begehen. Mancher glaubt, es sei ganz recht, wenn in einer großen Stadt gestreikt würde. Dann befürchtet er auch einmal Arbeiter, die sonst für ihn nicht zu haben wären. Wenn aber in der großen Stadt ein Friede mit den Gehilfen gemacht worden ist, bei dem diese siegreich gewesen sind, dann kommt zu den Krautern auf dem Lande erst recht kein Gehilfe, und wenn einer kommt, dann muß ihn der schwere Meister viel teurer bezahlen. Der momentane Gewinn wird sich in einem dauernden Verlust verwandeln.

„Streikbrecher“ und noch viel schöner Namen legen die Arbeiter ihren Kollegen bei, die sich nicht verhezen lassen, sondern arbeiten, auch wenn die andern streiken! Gelegentlich des Stuttgarter Malerstreiks schrieb das dortige sozialdemokratische Organ, daß über 300 Gehilfen anderweitig untergebracht worden seien. Was müssen die Herren Sozialdemokraten vor einem Meister, der seinen im Streik befindlichen Kollegen so in den Rücken fällt, für einen riesigen Stiefel haben. Ich gebe durchaus zu, daß es manchmal schwer fällt, fest zu bleiben und bei notwendigen Arbeiten einen sich anbietenden Gesellen nicht einzustellen. Jeder von uns weiß, wie unangenehm es sein kann, wenn das Geschäft ruhig geht und man nicht weiß, wie die vorhandenen Gesellen beschäftigt werden sollen. Viel unangenehmer ist aber noch, wenn das Geschäft drängt und sich ein Mangel an Arbeitskräften einstellt. Jeder Mann, der sich sehen läßt, wird mit Freuden begrüßt. Es müssen aber, wie ich schon bemerkte habe, daß die Konsequenzen beachtet werden. Um einen kleinen gegenwärtigen Vorteil zu erhalten, dürfen nicht ungleich größere Nachteile erkauft werden. Auch im Kriege bedeutet es keinen Sieg eines Heeres, wenn eine einzelne Korporation besiegt hat; wenn die Schlacht als Ganzes verloren wird, ist auch der einzelne Teil verloren. Ebenso wie die Arbeiter den Beschlüssen ihrer Verbandsleitung folgen müssen, müssen auch die Meister den Beschlüssen ihrer Verbandsleitung, die doch erst nach reiflicher Überlegung gefasst werden, gehorchen. Das mag in einzelnen Fällen unangenehm, ja sogar lästig sein. Es wird uns aber sicher von Nutzen sein, weil auch in diesem Falle Einigkeit stark macht. Wenn an einem Orte Gehilfen zu Ihnen, meine Herren, um Arbeit zu suchen, so muß diesen Herren entgegnet werden: „Geht hin, wo Ihr hergekommen seid!“ Wenn an einem Orte gestreikt wird, müssen andererorts die dortigen Malermeister unterstützt werden, damit sie die notwendigsten Arbeiten ausführen können. Das aber kann nur durch einen großen Verband geschehen. Die Hauptfahne ist, daß, wenn irgendwo ein Streik in Aussicht steht oder angekündigt wird, sofort die zuständige Verbandsleitung in Kenntnis gesetzt wird, damit die nötigen Schritte getan werden können. Der größte Fehler, welcher besonders von kleineren Meistern gemacht wird, besteht darin, daß ein Meister glaubt, allein mit seinen Leu-

ten fertig werden zu können, oder daß ein Meister glaubt, er brauche keine Gehilfenorganisation, keine Gewerkschaft anzuerkennen. Die Organisation, die Gewerkschaft ist einmal da, und wenn sie nicht da ist, wird in der Regel überhaupt nicht gestreikt. Eine Organisation gegenüber ist aber der einzelne machtlos, und andererseits: wenn der Streik durch den Verband geregelt wird, wird er viel schneller beendet werden, als wenn das nicht der Fall ist. Es kann sich bei uns, die wir uns organisieren wollen, um unsere Rechte zu wahren, nicht darum handeln, die Organisationen der Gehilfen zu vernichten, sondern darum, berechtigte Forderungen zu prüfen und dafür zu sorgen, daß bei ihrer Erfüllung die Interessen der Meister nicht ganz unberücksichtigt bleiben, unberechtigte Forderungen aber abzuweisen. Wir Maler gehörten im allgemeinen nicht zu den Kapitalisten, sondern sind in der großen Mehrzahl den wirtschaftlich Schwachen zugehörig. Und deshalb müssen wir, wenn wir immer wieder geschädigt werden durch Streiks, zusammenhalten und uns gegenseitig stützen!

Stollberg-Hannover: Ich habe früher schon darauf hingewiesen, daß bei der Prüfung der Ansprüche, die möglicherweise nun berechtigt sein oder nicht, von der Gewerkschaft gestellt werden, nicht immer ganz sachlich verfahren wird, sondern daß in den Sitzungsversammlungen die Behandlung dieser Ansprüche vielfach von der jeweiligen Lage des Gewerbes in der betreffenden Stadt abhängig gemacht wird. Da kann man von den Leuten nicht erwarten, daß sie den Respekt haben, den sie eigentlich haben sollten. Man sollte doch bei der Prüfung der Ansprüche hauptsächlich die Frage erörtern, ob die Verteterung der Lebensverhältnisse diese Ansprüche gerechtfertigt hat. Wenn den Gehilfen aber gefragt wird, die Meister hätten nicht nötig, diese Frage zu erwägen, dann kann niemals Vertreter in die Gehilfenschaft hineinkommen.

Bauer-Bremen: Unsere Organisation muß vor allen Dingen so eingerichtet werden, daß die angegliederten Vereine und Körperschaften durch den Zentral-Arbeitgeberverband für ganz Deutschland möglichst schnell in den Besitz der Streiklisten gesetzt werden, damit die Kollegen, die streikende Arbeiter einstellen, sich nicht mit fadens Auseinander schließen können.

(Fortsetzung folgt.)

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion!

I.

"Wir sind kein politischer, sondern ein Arbeiterkongress. Aus diesem Grunde haben wir die Behandlung der Wahlrechtsfrage nicht für tunlich erachtet. Wie die Mehrzahl von uns darüber denkt, darüber besteht ja kein Zweifel. Aber auf politische Dinge legen wir uns nicht fest" (Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Stegerwald auf dem zweiten christlichen nationalen Arbeiterkongress.)

Sind die christlichen Gewerkschaften politisch neutral? Sicher christliche Jugendredner wird diese Frage bejahen und seine Antwort mit einem Aufwand anscheinend beweiskräftigen Materials zu stützen versuchen. Kann er doch auf die unbefreibare Tatsache hinweisen, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sich aus allen möglichen kirchlichen Parteien zusammenleben, ja er beweist neuerdings sogar auf den oben erwähnten Ausspruch Stegerwalds, um seine Behauptung zu bestätigen. Auf den indifferenten Arbeiter kann diese Beweisführung nicht ohne Eindruckbleiben, zumal, wenn in einer Versammlung die Gegenseite ungeschickt und einseitig — wie das leider häufig geschieht — ihren Gegenbeweis führt. Es geht nicht an, einseitig die Behauptung aufzustellen: "Die christlichen Gewerkschaften sind Zentrumsorganisationen" niemals darf vergessen werden, daß sie sich ihrer politischen Struktur nach als ein ultramontan-antisemitisch-konservatives Gebilde darstellen und jede Einseitigkeit nur Wasser auf die Mühlen der christlichen Demagogie liefert!

Die politische Neutralität einer Berufsorganisation ist überhaupt ein Monstros, das bestätigt selbst die Reichstagsrede. In der Begründung des Entwurfs zu einem neuen Vereinsgesetz sagt sie: "Eine Verbreitung der Berufsinteressen wird aber heute kaum möglich sein, ohne dabei auf politische Fragen einzugehen, indem gelegentliche Maßnahmen berücksichtigt oder gelegentliche Bestimmungen befürwortet oder bekämpft werden". So können auch die christlichen Gewerkschaften nicht ohne politische Betätigung leben und von ihrer angeblichen Neutralität verbleibt nur die Agitationssphäre!

Als Schutztruppe der politischen Reaktion sind die christlichen Gewerkschaften entstanden und dienen als solche noch heute. Darin liegt das Wesen der politischen Parteilosigkeit der christlichen Gewerkschaften begründet. Nicht ihre Stellung zu den reaktionären Parteien, sondern deren Stellung zu ihnen charakterisiert sie als die Schutztruppe der politischen Reaktion! Führte doch das Parteiinteresse der letzten zur Gründung von christlich-nationalen Gewerkschaften, wofür Hunderte Belege zu erbringen wären. Namenslich die schlauen Demagogen der Zentrumpartei erkannten bald, daß sie, um ihren Arbeiteranhang dauernd an ihre Fahnen zu fetten, ihn von seinen aufgeklärteren Klassengenossen künstlich fern halten müssen. Gerade diese waren und sind es, die früher wie heute dem traurigen Handwerk der Arbeiterzerstörung mit Eifer obliegen.

Ein typisches Beispiel für die Kämpferlosigkeit der klerikalen Arbeiterzerstörungsversuche liefert die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation der Münchner Bergleute. Am 18. November 1877 tagte in Essen eine Massenversammlung der Bergleute, welche die Gründung einer Organisation beschloß. Der sozialdemokratische Agitator Hasselman und der katholische Bergmann Rosenfranz, der auf christlich-sozialem (heutiges Zentrum) Boden stand, verlangten einen konfessionslosen, politisch und religiös neutralen Verband, ihnen aber trat der Zentrumsabgeordnete Stöbel entgegen, indem er ausführte: "eine konfessionslose Vereinigung sei nicht zu empfehlen, da ihr eine große Anzahl gut-katholischer Bergleute nicht beitreten würden. Also schon in der Gründungsversammlung versuchten klerikale Arbeiterzer-

splitterer Unzufrieden und Bruderzwist zu säen. Die Motive hierzu verriet am nächsten Tag die „Essener Volksztg.“ Das Zentrum organ sprach sich in seinem Bericht über die Versammlung entschieden gegen eine politisch-neutrale, also den Arbeitern aller Richtungen offen stehende Gewerkschaftsorganisation aus, mit der Begründung, daß eine neutrale Gewerkschaft nur der sozialdemokratischen Agitation zu Gute kommen würde! Die interkonfessionelle, neutrale Gewerkschaft würde bald viele, viele christliche Mitglieder den Sozialdemokraten in die Hände liefern.

Diese Argumentation der ultramontanen Demagogen ist zweifellos richtig. Arbeiter, die sich nur als solche, und nicht als Anhänger eines Religionssystems oder einer politischen Partei, zu einer gewerkschaftlichen Organisation zusammen finden, werden ihre Verhältnisse, werden alle politischen Vorgänge, vorurteilslos betrachten und so bald herausfinden, daß sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften eins sind! Eins insofern, als beide ihrem ganzen Wesen nach nichts weiter als eine ausgesprochene Interessenvertretung der Arbeiterschaft sind! Politisch neutrale, aber gewerkschaftlich aufgelöste Arbeiter würden zudem auf keinen Fall den Brotwucherparteien Wahlhelfe leisten oder Scharfmachervertretern den Steigbügel halten. Das hatten die geriebenen Zentrumspolitiker zuerst erkannt und deshalb ihr Kampf gegen die neutrale Gewerkschaft und ihre Gründung einer Gegenorganisation!

Unter dem Vorstoß des katholischen und als Zentrumshänger bekannten Bergmannes Rosenkranz hatte sich inzwischen eine vollständig neutrale Bergarbeitergewerkschaft im Ruhrgebiet gebildet und am 2. und 3. Februar 1878 fand die definitiv konstituierende Versammlung der Delegierten und geladenen Gäste statt. In der Debatte über das Verbandsstatut sprachen neben Rosenkranz die Sozialdemokraten Hasselmann und Kerkhoff für einen gemeinsamen, neutralen Verband aller Bergleute. Die als Gäste erschienenen Zentrumssredakteur Mittmeyer und der Essener Kaplan Laaf, ein damals sehr einflussreicher Zentrumsführer, wandten sich entschieden gegen eine einheitliche Organisation! In seiner Rede kam Kaplan Laaf zu dem unvergeßlichen Ausspruch: nicht nur aus religiösen Gründen, sondern als Parteimann sei er auch aus politischen Bebenken gegen den politisch-neutralen Verband!!!

Mit aller Deutlichkeit sagte also der Zentrumsführer, bei der Gewerkschaftsgründung verfolge er parteipolitische Zwecke, und da er sie in einem parteipolitisch-neutralen Verband nicht erreichen könne, sei er dessen Gegner! Den Worten folgte die Tat. 1878 wurde dem neutralen Verband ein klerikaler Peiltreiber verband entgegengekehrt, der aber bezeichnender Weise ohne Schwungengang verschied, als der von Rosenberg geleitete neutrale Verband unter dem Sozialistengesetz zertrümmert wurde! Erst im Jahre 1890 erwachte er als „Gewerkschaftlicher Bergarbeiter“ zu neuem Leben, nachdem ein Jahr zuvor — ebenfalls recht kennzeichnend — der Deutsche Bergarbeiterverband (alter Verband) sich neu konstituiert hatte.

So wird das wahre Motiv der christlichen Arbeitersplitterung schonungslos bloßgestellt, nicht etwa von „sozialdemokratischen Gehern“, sondern im 11. Jahrgang der „Christlich Sozialen Blätter“, Katholisches Zentralorgan, Heft 2 und 5, erschienen 1878. Damals wie heute, im Inland wie im Ausland, sind für die Gründung christlicher Gewerkschaften die politischen Interessen einer reaktionären Partei maßgebend gewesen. Den Beweis hierfür erbringt die „Höhsn. Zeit.“ im 2. Blatt der Ausgabe vom 8. Dezember 1907. Sie bringt in diesem Blatt einen Artikel über den spanischen Sozialismus, in dem es heißt:

„Fast alle Verbesserungen des Lohnes der Madrider Arbeiter sind von den Gewerkschaften ausgegangen und oft nach harten Lohnkämpfen errungen worden. Wenn früher die Maurer 11 Stunden täglich arbeiteten, so arbeiten sie jetzt nur 8 bis 9 Stunden täglich. Erhielten sie früher 8 bis 2.50 Pesetas, so erhalten sie jetzt 4.70 Pesetas pro Tag.“ (1 Peseta = 80 S.)

Es wird dann weiter ausgeführt, daß die — natürlich werden sie als sozialdemokratisch benannt — Gewerkschaften etwa 30 000 Mitglieder haben, daß aber bei den Parlamentswahlen nur 7000 sozialdemokratische Wähler gezählt wurden, und ferner, daß ein großer Teil dieser Gewerkschaftler seine religiösen Pflichten erfülle. Trotz allem; trotzdem die Gewerkschaften zum Segen der Arbeiter wirken, trotzdem sie nicht nach der politischen und religiösen Überzeugung ihrer Mitglieder fragen, wird verklagt, daß neuerdings eine christlich-soziale Gewerkschaftsbewegung entstanden sei und mit aufgeblästem Stolz verkündet das Zentrum organ: „Die Grundlagen zu einer systematischen Bekämpfung des Sozialismus sind so gelegt!“

Was gehen uns die Vorgänge in den Jahren 1877/78, was geht uns Spaniens Gewerkschaftsbewegung an, werden die M.-Gladbacher Apostel sagen, wenn ihr beweisen wollt, daß die christlichen Gewerkschaften die Schutztruppe der Reaktion sind! Schafft uns mehr Beweise!

Gie sollen sie haben!

Die Bilanz des Wirtschaftsjahrs 1907.

W. C. So verläuft es noch wäre, über die Verteilung des Produktionsvertrages zwischen Kapital und Arbeit im Jahre 1907 schon ein abschließendes und eingehendes Urteil abzugeben, so kann doch schon unter Hinweis auf einige Faktoren, die auf die Verteilung bestimmt eingewirkt haben, eine wahrscheinliche Vermutung ausgeprochen werden. Im Vordergrunde der öffentlichen Ausmerksamkeit stand im Berichtsjahr mit Recht die starke Preisesteigerung am Warenmarkt. Seit 1905 gehen die Warenpreise in die Höhe; ihre Steigerung war besonders 1905 schon überaus kräftig. In keinem der letzten Jahre aber war die Erhöhung des Warenpreisniveaus so ungewöhnlich stark wie 1907. Während die Höhe der Warenpreise im Großhandel für das Jahr durch die Ziffer 6682,00 angezeigt wird, dürfte sie im Jahre 1907 um mehr als 7,7 Prozent, also auf mindestens 6098,46 gestiegen sein. Das ist eine Steigerung von einem Jahre aufs andere, wie sie seit 1895 nicht beobachtet wurde. Unter Warenpreis-

index zeigt die Steigerung unter Berücksichtigung des Verbrauchs an, so daß sich aus ihm auch auf die Belastung des Konsums im Jahre 1907 schließen läßt. Ohne eine bestimmte Steigerungsquote festzulegen, kann soviel behauptet werden, daß das Einkommen aus Arbeit im Berichtsjahr nicht entfernt so stark wie die Warenpreise in die Höhe gegangen ist, ja daß im Gegensatz zu den beiden Vorjahren Lohnsteigerungen nur für einzelne Teile der Arbeiterbevölkerung noch in nennenswertem Umfang erfolgt sind. Da nun aber weiter auch der Beschäftigungsgrad für den einzelnen Arbeiter keine merkliche Zunahme gegen 1906 mehr erfuhr, so konnte das Einkommen der Arbeiterbevölkerung gegen das Vorjahr nur mehr in ganz geringem Grade wachsen. trat doch gegen Schluss des Jahres vielfach sogar eine Abnahme des Beschäftigungsgrades ein, die eine direkte Minderung der Lohnsumme herbeiführte. Nicht für alle Gewerbe waren freilich die Verhältnisse gleich: im Kohlenbergbau lagen sie günstiger als im Eisengewerbe, in der Textilindustrie befriedigender als im Bauwesen. Alles in allem war aber weder die Arbeitsgelegenheit noch die Lohnhöhe in solcher Zunahme begriffen wie in den beiden Vorjahren. Um so empfindlicher mußten daher die gestiegenen Warenpreise auf die Konsumkraft der Arbeiterbevölkerung einwirken. Und wenn auch nicht behauptet werden soll, daß im Jahre 1907 der tatsächliche Konsum der arbeitenden Bevölkerung gegen 1906 oder gar 1905 zurückgegangen ist, so ist doch sicherlich eine bedrohliche Stagnation eingetreten, die nur bei einer Bleibung des Frühjahrsgehaltes und bei einer Erhöhung der Warenpreise zu überwinden ist. Weniger einheitlich waren die Wirkungen der Warenpreisseiterung auf die Erträgnisse des Kapitals. Soviel das Kapital in der Industrie angelegt ist, muß man zwischen Gewerben, die für die Weiterverarbeitung Rohstoffe, Halbzug und Brennmaterialien liefern, und zwischen den Gewerben der Weiterverarbeitung trennen. In ersteren Gewerben, deren Preispolitik durch straffe Syndikate getrieben wird, hielten sich die Preise auf einer meist sehr gewinnbringenden Höhe, während in der zweiten Gruppe, wo gegenseitige Konkurrenz sowie Rücksichten auf Erhaltung der ausländischen Absatzgebiete die Preise unter einem gewissen Druck hielten, die Gewinnerträge schmäler ausfallen sein dürften als im Vorjahr. Gewiß konnten auch die Preise für Fertigerzeugnisse steigen, aber da die Gestaltungskosten sich wesentlich erhöhten, so verminderte sich die Differenz zwischen Gestaltungskosten und dem Preis des Erzeugnisses in sehr vielen Warengruppen. Die Fertigwarenindustrie dürfte daher weit weniger gut abgeschnitten haben als 1906. Bestärkt wird man in dieser Ansicht noch durch die zunehmende Verteuerung des Geldes und des Kreides, die namentlich mittlere und kleine Gewerbetreibende sehr empfindlich belastete. Mit der ganz ungewöhnlichen Verteuerung des Geldes ging aber eine auffallende Entwertung des mobilen Kapitals Hand in Hand, die einem großen Teil der Kapitalisten viel größeren Nachteil brachte als ein noch so merklicher Rückgang der Gewinnerträge. Wenn wir die an der Berliner Börse zugelassenen Werte zu Grunde legen, so ergibt sich auf ein Kapital, das Ende 1906 einen Kurswert von annähernd 91 Milliarden Markt hatte, bis Ende November 1907 ein berechneter Kursverlust in Höhe von ca. 5 Milliarden Markt. Selbstverständlich bracht dieser Verlust in seiner vollen Höhe nicht eingetreten zu sein. Immerhin wertet aber der Besitz der Kapitalisten am Jahresende um gut und gern 5 Prozent niedriger als Ende 1906. Diese Wertminderung ist bei den verschiedenen Kapitalsanlagen verschieden groß, am erheblichsten dürfte sie durchschnittlich bei den industriellen Werten sein. Wenn wir auch diese Wertverminderung der industriellen Werte vom volkswirtschaftlichen Standpunkt keineswegs als ein Unglück betrachten, so läßt sich doch nicht leugnen, daß die Kapitalisten dadurch zum Teil hart getroffen werden, so daß sie auf das Jahr 1907 mit wenig Befriedigung blicken werden. Wer aber kann denn mit Genugtuung auf die Ergebnisse des zu Ende gehenden Jahres zurückblicken! Unsere Meinung nach hauptsächlich die Kreise, die durch Geld- und Kreditgeschäfte die überaus hohen Diskontsätze ausnutzen in der Lage waren. Das dürften hauptsächlich die Banken, die Notendanken und ganz besonders die Kreditbanken sein, deren Einnahmen durch die hohen Leihsätze für Geld stark gewonnen haben. Banken und Großkapitalisten müssen bei geschickter Ausnutzung aller Möglichkeiten, die der Geldmarkt im Jahre 1907 bot, auf eine ergiebige Ernte zurückblicken können. Wir haben bisher vor allem die Lage der gewerblichen Bevölkerung im Jahre 1907 geschildert, wobei noch ergänzend hervorgehoben sei, daß das Handwerk in jeder Beziehung ungünstig abgeschlossen hat. Es liegt unter den hohen Preisen, unter den hohen Zinsrägen und endlich auch unter Schwierigkeiten, die der Arbeitsmarkt bereitete. Werfen wir nun zum Schlusse noch einen Blick auf die Entwicklung der Landwirtschaft, so ist in erster Linie die Tatsache hervorzuheben, daß die Verwertung der Ernte des Jahres 1906 zu überaus günstigen, fortgelebt steigenden Preisen erfolgen konnte. Auch die Viehprixe bewegten sich auf einer gewinnbringenden Höhe, wenn schon sie von März dieses Jahres ab eine rückwärtige Tendenz aufwiesen. Dementsprechend fanden die Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Viehzucht eine lohnende Verwertung. Dies trifft auch zu, wenn man die Steigerung der Gestaltungskosten, die gerade auch im Berichtsjahr merkliche Fortschritte gemacht hat, in vollem Umfang berücksichtigt. Wenn trotzdem die Verzinsung des Grund- und Bodenwertes nicht durchweg befriedigend ausfallen sollte, so dürfte dies seinen Grund darin haben, daß im Gegensatz zu den mobilen Kapitalisten der Wert von Grund und Boden in den letzten Jahren in rascher und starker Steigerung begriffen ist. Es ist dies ein Punkt, der für die augenscheinlich Besitzer von Grund und Boden sehr erfreulich ist, aber höchst nachteilig für spätere Zeiten werden muß. Alles in allem kann aber die Landwirtschaft mit Erfriedigung auf das Jahr 1907 aufschließen, wenn freilich auch die Verhältnisse je nach der Größe des Besitzes, nach der Höhe der Verhüllung, nach dem Grade der Abhängigkeit von fremden Arbeitskräften sehr verschieden liegen.

Es wäre verfehlt, das Jahr 1907 schon als ein Jahr des Niedergangs anzusprechen zu wollen. Es überwiegen vielmehr fast gegen das vierte Quartal hin in allen Arten der wirtschaftlichen Tätigkeit noch die Sympathie des Aufschwungs. Ob die von Amerika her sich verbreitende Depression zu einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges führen wird, oder ob es sich nur um eine vorübergehende Abschwächung handelt, das ist heute noch nicht mit Gewissheit zu entscheiden. Für beide Möglichkeiten lassen sich gewichtige Gründe ins Feld führen, ob daß indessen die eine Eventualität zu Gunsten der anderen zurücktreten müßte.

nicht mit Gewissheit zu entscheiden. Für beide Möglichkeiten lassen sich gewichtige Gründe ins Feld führen, ob daß indessen die eine Eventualität zu Gunsten der anderen zurücktreten müßte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aus Jahresberichten: Konkurrenz der Kommunalanleihen, Arbeiten auf Vorrat oder Produktionseinschränkung, Konkurrenzorganisationen gegen die Syndikate — Lage Amerika, England und Deutschland.

Die Hochstut der pflichtmäßig fälligen Berichte über Wirtschaftsübersichten über das abgelaufene Jahr 1907 ist noch früher wie gewöhnlich begonnen. Über diesmal trost der vorherrschenden Beunruhigung das Interesse ihnen eher schwächer als sonst, weil mit dem Beginn und der Vertiefung der amerikanischen Krise und des europäischen Rückslages das Wesentliche über die Wandlung der letzten Periode schon gelegt und zusammengefaßt wurde. Dennoch verdienen einige Beobachtungen anderer Art hervorgehoben zu werden.

Die Hamburger Handelskammer hofft, daß es in Deutschland nur um ein Wetterleuchten des jenseits des Meeres sich austobenden Gewitters handelt, denn großen und ganzen“ erscheine die Lage nicht nur des deutschen Handels, sondern auch der Industrie und der Schifffahrt Deutschlands als gefund. Etwa gefürchtet ist alsbald der Appell an die Gemeinden, zur Erleichterung des Leihkapitalmarktes mit ihren Unternehmungen und dadurch bedingten langfristigen Anleihen und kurzfristigen Darlehensaufnahmen nach Möglichkeit zurückzuhalten. Wir stießen schon oft bei anderen Gelegenheiten auf diese Rivalität zwischen privatem und öffentlichen Kreditbegehr und einzelnes, was die Hamburger Handelskammer anführt, weist sicherlich auf keine normalen Verhältnisse hin: „War es doch schon dahin gekommen, daß selbst kleinere Stadtgemeinden ihre Wechsel-Nachteile in Umlauf setzten, weil sie ihre Anleihen nicht zu annehmbaren Bedingungen zu begeben vermochten. Aber ebenso wie private Unternehmer jetzt täglich die Erfahrung machen, daß Goldmarkt und Konjunktur ihnen Zurückhaltung auferlegen, so sollen auch die Kommunen, die sich zumeist nur um die Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten kümmern und im übrigen ihren Kredit für unerschöpflich halten, ihre Unternehmungen begehen. Wer ebenso wie private Unternehmer jetzt täglich die Erfahrung machen, daß Goldmarkt und Konjunktur ihnen Zurückhaltung auferlegen, so sollen auch die Kommunen, die sich zumeist nur um die Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten kümmern und im übrigen ihren Kredit für unerschöpflich halten, ihre Unternehmungen begehen.“ Als bedenklich überwuchert Neigung wird sodann, in echt großkapitalistischer Weise, die Tendenz zum kommunalen Erwerb von Privaternehrungen bezeichnet. Diese Warnung würde berechtigt sein, wenn sie die Gemeinden nur vor Überteuern und Zinsüberlastung in Hochkonjunkturzäuden bewarnte. In den stilleren Perioden sollen aber die Gemeinden erst recht alle municipalsozialen Anläufe unterlassen, weil das Gewinfeld des Privatkapitals sowohl schon überzeugt eingeschürt sei!

Der Stahlverband spricht in einer Broschüre den „Tag“ die Meinung aus: das Wachsen der Bevölkerung und das Fortschreiten der Kultur bedingen eine solche Zunahme des Eisenverbrauches, daß keine Produktionsbeschränkung auf diesem Gebiete von lang Dauer sein könne. Offenbar von dem eigenen Interesse der möglichen Preisabschaltung geleitet, kommt der Verband weiter zu dem Ergebnis, daß eine vorübergehende eröffnete Produktionsweise in sich räumung einem mildsam Fortwurzeln und einer Anhäufung von Vorräten vorzuziehen sei. Das ist ganz amerikanisch gedacht und scheint, daß unsere Syndikatspolitik mehr und mehr dieses Fahrwasser hineintritt: „Die gegenwärtigen Verhältnisse erzwingen eine Einschränkung. In den Vereinigten Staaten wird sie durch rücksichtloses Stilllegen ganz Werkstätten in schärfster Weise durchgeführt, und auch bei uns passt sich automatisch die Produktion dem Verbrauch an. In Roheisen und Halbzug vermögen sich die Hüttenwerke wohl einen gewissen Vorrat einzulegen, in dessen ist die Grenze dadurch gegeben, daß die Werke in die Hauptstädte mit der eigenen Verarbeitung dieser Vorräte rechnen müssen. Auch in Trägern kann etwas mehr sonst auf Vorrat gearbeitet werden in dem Maße, wie diesem Winter der Handel auf seine Läger weniger bezieht als dies sonst zu geschehen pflegt; denn es ist zu berücksichtigen, daß bei dem gegenwärtigen Zinsfuß die Handelsläger so gering wie möglich gehalten werden. Darüber hinaus steht ein Arbeiten auf Vorrat nicht an, und muß daher bei nachlassendem Abruf die Erzeugung eingeschränkt werden.“

Der vorläufige Bericht des Berliner Amtsgerichtscollegiums, vom Präsidenten des Kollegiums, Naemps, stattet, betont dagegen mehr die Interessen der Unionen und des vermittelnden Handels und „beweist durchaus“, ob in der Einwirkung der Syndikate auf die Produktionseinschränkung auf diesem Gebiete von langen Anlagen der menschlichen Natur gehalten werden ist. Es wird auf die Abwehr- und Gegenorganisationen in den Verbandsstädten, vor allem auf den am 2. April 1902 in Hamburg gegründeten Verband Deutscher Detachementen dargestellt, und die Stellung mancher bisher hohes Abnehmerkreise festigen — und Abnehmer sind natürlich sehr oft abermals (weiterverarbeitende) Industrie nicht nur der große und kleine Handel.

Rechnen wir von den riesenhaften und allgemeinen Berichtserstattungen zu den letzten Ereignissen selber zurück, so scheint sich mehr und mehr das Gefühl zu verbreiten, daß der Wetterinstinkt Amerika allmählich eine gewanderte Beunruhigung befunden und damit auch auf das längstigte Europa überträgt. Besonders in London rechnet man mit dem baldigen Verschwinden des Aufgeldes für Barmittel, das allezeit noch immer 3/4 Prozent betrifft. Ferner wird als verfrühterweise bezeichnet, daß Depotschiffen, die nach dem Erlöschen des zulässigen 50-tägigen Zahlungsaufstands ihre Schalter wieder in innerer Weise öffnen, nur verhältnismäßig unbedeutende Einlageabwicklungen erfuhrten, daß mit anderen Worten die große Publikum die erste Panik wieder abgeschüttelt hat. Sogar Goldlendingen, die für Amerika in London verlagen, sollen nicht beansprucht worden sein.

Die Londoner Börse verzeichnete deshalb schlägtere Zeit eine stärkere Erholung der Kurse, die allerdings tiefer wohl kaum noch fallen konnten. Dagegen weichen die Warenpreise immer weiter zurück. Seit lan-

hat man von Lohnreduktionsversuchen in größeren Produktionszweigen nichts gehört; an der Elbe haben jedoch die Schiffbauunternehmer ein paar Tage vor Weihnachten die Wöche zu verkürzen, der Gegenpartei offiziell angekündigt, und die Gewerkschaftsvertreter dringen auf eine baldige gemeinsame Besprechung, von deren Ausgang vielleicht Frieden oder Kampf abhängt. Die "Labour Gazette" des Handelsamtes verzeichnet für den November durchschnittlich eine größere Arbeitslosigkeit (5 Prozent) in den berichterstattenden Trade Unions wie im Monat zuvor (4,7 Proz.) und wie im November des Vorjahres (4,5 Proz.). Besonders die Baumwolle und der Schiffbau langen darüber.

Deutschland ist über den britischen Jahresabschluß in der Tat ohne nochmalige Diskontensteigerung hinaufgekommen, trotz, wie verlautet, beispieloser Unspannung der Reichsbank in den letzten Tagen des Jahres. Größere Entscheidungen waren natürlich in der zweiten Hälfte des Dezember nicht zu erwarten. Aber von der viel größeren Arbeitslosigkeit wie im Vorjahr legte zum Beispiel die Umfrage der Berliner Gewerkschaftskommission Zeugnis ab, die bei vorsichtiger Schätzung die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf ungefähr 80 000 berechnet.

Berlin, 29. Dezember 1907.

Max Schippel.

Religion ist Privatsache.

Es gibt Menschen, denen man hundertmal etwas erläutern kann und die trotzdem immer wieder mit ihren alten dummen Einwürfen angerichtet kommen. Zu diesen Leuten gehören vor allen Dingen die Nebakteure der christlichen Gewerkschaftszeitungen. Wie häufig schon haben die modernen Gewerkschaften ihre Neutralität in religiöser Beziehung betont und darauf hingewiesen, daß sie sich um die religiöse Überzeugung der Mitglieder nicht kümmern. Wenn ein Kollege in gewerkschaftlicher Beziehung keine Pflicht und Schuldigkeit tut, wenn er sich als guter Kollege bewährt, so mag er glauben, was er will. Das ist Gefühlssache und geht uns nichts an. Allerdings verzichten wir damit nicht auf das Recht, für unsere Überzeugung Propaganda zu machen, denn sowohl kann sich die Toleranz niemals erstrecken, daß wir uns den Mund verbinden lassen sollen. Aus diesem Grunde halten wir uns auch für berechtigt, über das moderne Christentum unsere Meinung zu sagen, und wenn dies den christlichen Pfaffen und Pfaffengenossen auch unangenehm ist.

Was wir am heutigen Christentum auszusehen haben, ist zunächst das, daß es im Laufe der Zeit seinen ursprünglichen Charakter abgestreift und sich völlig verändert hat. Würde Christus heute wieder auf Erden erscheinen, er würde das Christentum und seine Künster nicht wieder erkennen. Das Christentum ist in Grund und Boden hin ein verdorben, und während es einst eine Religion der Armen und Gefrechten war, ist es heute zu einem Mittel geworden, um die Masse des Volkes im Elend und in der Knechtlichkeit zu erhalten. Man geht nur in die Gegenden und Länder hinein, wo das Christentum noch heute die Macht hat, und man wird sein blaues Wunder erleben.

Dies ist unsere Meinung in der Sache. Und damit vergleiche man einen Artikel, den unsere christliche Kollegen veröffentlicht. Es heißt darin:

"Aus taktischen Gründen halten es die 'Sozzen' noch immer für angebracht, offiziell dem Christentum gegenüber eine möglichst vollkommene Neutralität zur Schau zu tragen. Es gibt eben doch noch so manchen deutschen Arbeiter, den man an das rote Banner fesseln oder den christlichen Gewerkschaften absprödig machen möchte und dessen christliche Gesinnung man vorderhand respektieren muß. Aber diese Haltung ist nichts anderes als ein widerwärtiges Gemisch von Feigheit und Heuchelei. Bei tousend Gelegenheiten kommt die wirkliche Religionsfeindschaft der Genossen deutlich zum Vorschein. Siebel lagt beispielhaft in Mannheim mit Bezug auf die roten Gewerkschaftsblätter: 'Man kann ein ganzes Jahr lang in einem Gewerkschaftsblatt die Mitglieder zu Sozialdemokraten ersehen, ohne daß Wort Sozialdemokratie auch nur einmal auszubringen. Neutral sein, heißt für mich geliebt sein.' Doch ebenso wie der offizielle Sozialdemokrat rutscht auch den Führern der roten Gewerkschaftspresse ab und zu die Füter aus und verraten sie abscham den wahren Geist, der ihre edlen Männerseelen erfüllt. So schreibt der Wittenburger Korrespondent für 'die Arbeiter der Kunst und Filzwarenindustrie':

"Das Christentum hat seine Ohnmacht, durch die Befreiung und Läuterung des inneren Menschen auch die sozialen Verhältnisse zu erneuern, zu deutlich bewiesen, als daß man denselben Schwärzern noch glauben könnte, die uns von einer Wiedergeburt der modernen Gesellschaft durch das Christentum ergählen. Was die christliche Religion in zwei Jahrtausenden nicht erreicht hat, was sie nicht fertig gebracht hat im Mittelalter, als sie unbeherrschbar in Europa schalten und walten konnte, das sollte sie heute erreichen in einer Zeit nie gefahner sozialer Herrschaft, in einer Zeit, in der das Christentum morsch und bröcklig geworden ist? Wer das glaubt, muß einen berg versetzenden Glauben haben."

Die Tatsache, daß dieses morsche und bröcklige Christentum zwei Jahrtausende als erste und wichtigste Kulturkraft ausgehalten hat, die Tatsache, daß seine Wirkungen heute mehr denn je und gerade in der sozialen Fürsorge zu neuer Herrschaft gelangen, die Tatsache auch, daß die Gegenwart trotz aller Naturwissenschaft und Aufklärung nicht aufhört, religiösen, christlichen Problemen nachzugehen, ja sich in solche mehr und mehr vertieft, all das läßt die modernen Arbeitersapostole keine Plage. Das Christentum darf nicht in ihre materialistische Weltanschauung hinein und darum soll es ausgeschaltet werden.

Das öde Stenomittieren mit dem Christentum als Kulturmacht verängt mir noch bei dummen Leuten, die keine Geschichte kennen oder sie nur durch die gefärbte Brüfe der christlichen Geschichtsschreiber betrachten. Die Geschichte lehrt uns, daß das Christentum die Völker nicht frei und glücklich gemacht hat und daß es keine Kulturbewegung geworden ist; es hat die Völker vielmehr in der Dumme und Mühseligkeit erhalten und erst der Untergang hat die Menschen weiter gebracht. Das ist ganz unbefriedigbar und wenn eine christliche Kollegin das noch nicht weiß, so muß sie eben Geschichte treiben und sie wird es lernen.

Zu Nutz und Frommen unserer Leser wollen wir Ihnen eine interessante Gegenüberstellung vor Augen führen. Unter der reichstreuen Berg- und Holzearbeiterschaft des Mansfelder Kreislers wird ein Kochbuch verbreitet, das nicht

nur billige Kochrezepte gibt, die die Leute zufrieden mit ihrem geringen Lohn machen sollen, sondern auch sonst noch allerhand nützliche Lehren für Mädchen und Frauen enthalten. Die Verfasserin berechnet die Kosten für ein Mittagessen für 5-6 Personen im Durchschnitt auf 45 s. Zum Beispiel:

Kartoffelmus.

18 große Kartoffeln	18 s
Milch	8 "
Butter oder fetten Speck	20 "

(Fleisch muß man sich denken.)

Saure Linsen.

1 Pfund Linsen	15 s
5 große Kartoffeln	5 "
Getrocknete Blaume	10 "
Speck oder Fett	10 "

2 große Zwiebeln, $\frac{1}{2}$ Teelöffel Salz, Essig.

Gewürzkörner.

(Fleisch wie oben.)

Nüchtern.

6 Eier	30 s
Semmel	5 "
Milch	8 "

Butter, $\frac{1}{2}$ Teelöffel Salz 10 "

Diese drei Beispiele mögen genügen, um ein Bild über die lustlichen Gemüse zu geben, die der Familie eines Mansfelder Bergmanns warten, wenn die Hausfrau fleißig nach dem genannten Kochbuch wirtschaftet und vor allem die Mahnung der Verfasserin beherigt: "Seid fröhlig in Hoffnung, ehrlich in Trübsal, haltet an am Gebet!"

Man vergleiche mit dem obigen das magere und trockne Menü, das dieser Tage der Kardinal Dr. Körber in Köln einer Bischofskonferenz gab, die sich mit dem päpstlichen Charter und dem "Modernismus" beschäftigte:

Speisenfolge. 1900er Stauenthaler

Geflügelkoteletts Madeira

Königin-Suppe

Bachforellen mit Kartoffeln und Butterkunst	Geisenheimer Tische
Rehrücken mit Maronen, Erbsen u. Spargel	Wine
Bungenragout	1897er Bordeaux-Margaux
Junge Gänsen mit Salat und Komposten	1900er Liebfrauenmilch
Eis	1904er Brauneberger Auslese

Käse — Obst Champagner

Kaffee

Eines der vornehmsten christlichen Gebote ist das der Einfachheit und Mäßigkeit. Dazu liefert das Menü der zufrommen Wert verjammelten Nachfolger Christi auf Erden eine prächtige Illustration.

Die "Rhein. Zeitung" in Köln hat sich das Vergnügen gemacht, den exzessöischen Speisezettel mit einigen passenden Bleibspriechen zu versehen. Sie schreibt:

Speise-Kollege.

Geflügelkoteletts.

Darum sage ich euch: Sorget nicht für euer Leben, was ihr essen und trinken werdet; auch nicht für euren Leib, was ihr anziehen werdet. Ist nicht das Leben mehr, denn die Speise? und der Leib mehr, denn die Kleidung?

Eb. Death. 6, 26.

Königin-Suppe.

Es ist genug zu dielem Leben, wer Wasser und Brot, Kleider und Haus hat, damit er seine Notdurft decken kann.

Jesus Sirach 29.

Bachforellen mit Kartoffeln und Butterkunst.

Lasz dein Brot über das Wasser fahren; so wirst du es finden auf lange Zeit. Teile aus unter sieben und unter acht, denn du weißt nicht, was für Unglück auf Erden kommen wird.

Prediger Salomon 11, 1 und 2.

Rehrücken mit Maronen, Erbsen und Spargel.

Über hüte euch, daß eure Herzen nicht beschwert werden mit Fressen und Saufen, und mit Sorgen der Nahrung.

Eb. Luk. 21, 34.

Bungen-Ragout.

Sei nicht ein Prosser, und gewöhne dich nicht zum Schlemmen. Wein und Weiber befören die Weisen.

Jesus Sirach 18, 32. 19, 2.

Junge Gänsen mit Salat und Komposten.

Es ist besser, du esst kein Fleisch, und trinkst keinen Wein, oder das, daran sich dein Bruder stößt, oder ärgert, oder schwach wird.

Paulus, Römerbrief 14, 21.

Eis, Käse, Obst, Kaffee.

Über ein unstilliger Proß schlafst unruhig; und hat das Grimm und Bauchwehe. Jesus Sirach 31, 24.

Weine.

Der Wein macht lose Leute, und stark Getränk macht wild; wer dazu Lust hat, wird niemals weise.

Sprüche Salomon, 20, 1.

Geisenheimer Herziger.

Sei nicht unter den Sündern und Schlemmern.

Sprüche Salomon, 23, 20.

1900er Stauenthaler — 1904er Biesporter.

O, nicht den Königen, Samuel, gib den Königen nicht Wein zu trinken; noch den Fürsten stark Getränk! Sie möchten trinken und der Reste vergessen, und verändern die Sache irgend der elenden Leute.

Sprüche Salomon, 23, 31 und 32.

1900er Liebfrauenmilch — 1904er Brauneberger Auslese.

Wer gern in Wollust lebt, wird mangeln; und wer Wein und Del liebt, wird nicht reich.

Sprüche Salomon, 31, 4 und 5.

1897er Bordeaux Margaux.

Siehe den Wein nicht an, daß er so rot ist und im Glase so schön siehet. Er gehet glatt ein. Über nachher besitzt er wie eine Schlange, und sticht wie eine Otter.

Sprüche Salomon, 21, 17.

Champagner.

Da Jesus das hörte, sprach er zu ihm: Verkaufe alles, was du hast, und gib es den Armen, so wird du einen Schatz im Himmel haben; und komme, folge mir nach.

Eb. Luk. 18, 22.

Hierzu bemerkte die Zeitung: Um Mitverständnissen abzulegen, bemerkten wir, daß die harmonisch eingefügten Bleibspriechen von uns herführen und in der Speisekarte ursprünglich nicht enthalten waren. Ein bissiges Mitglied unserer Redaktion hat sich das fromme Vergnügen ge-

macht, das Menü der hochwürdigen Herren auf solche Weise bescheiden zu ergänzen. Wir hätten dieser Sprüche noch etliche Dinge mehr verwenden können, beispielsweise aus einer Epistel des Apostels Paulus, daß ein Bischof kein Weinsäufer sein solle, oder auch aus dem Evangelisten Markus das Wort von dem Kamel und dem Radelohr, aber wir sind überzeugt, daß die eingesetzten Bibelitate vollaus genügen werden zu einer überzeugenden Darstellung, wie die Herren Bischofe, Erzbischöfe und Kardinäle den Geboten der Bibel und dem Beispiel jenes Großen nacheifern, der nicht hatte, wohin er sein Haupt legen konnte. Nebenbei bemerkt, machen sich auf dieser Speisekarte weder die schlechten noch die üblichen Folgen des Herkunfts-Bollwerkers bemerkbar. Wenn man so wird uns berichtet, so hätte der Speisekarte betrachtet, so war es ein Schlachter mehr denn eine Schlacht zu nennen.

Wir sind neugierig, ob die christlichen Gewerkschaftsblätter ihren Lesern diese Illustration zu dem Thema:

"Soziale Fürsorge der christlichen Hirten" mitteilen werden.

Ans unserem Berufe.

* Berufsunfall. Hildesheim. Beim Streichen einer Treppe verunglückte der Kollege Theodor Schulze. Er kam so unglücklich zu Fall, daß ein Bruch des linken Beines stattfand. Wahrscheinlich hatten die Leitern durch Entrosten des Holzes nicht den nötigen Halt behalten, sonst hätte unseres Crachtens nach nicht ein Unglück passieren können.

* Ein Wort des Lobes aus Feindes Mund. Auf dem II. Deutschen Malertage in Hannover machte der Malermeister Ehler aus Danzig folgende Bemerkungen: "Wir sollten uns als Richtschnur den Verband der Arbeitnehmer vor Augen führen. Was hat diesen so groß und mächtig gemacht? Zusammenhalt und Opferfreudigkeit! So sollte es auch bei uns sein. Jeder Kollegen muß es gestattet sein, unserer Organisation beizutreten, damit wir möglichst geschlossen stehend und dem Verband der Arbeitnehmer entgegentreten können. Denn diese Erfahrung werden Sie alle gemacht haben, meine Herren; in allen Städten und allen Orten stehen in unserer Gemeinde fest zusammen. (Abgesehen von den christlichen und Hirsch-Dunderschen Quertriebern!) Sie sind opferfreudig nach allen Richtungen hin. Auch wir müssen die Kollegen, die nicht in der Lage sind, einen Streit aus eigener Kraft zu überstehen, unterstützen, damit sie an ihrem Leibe (?) keinen Schaden zu nehmen brauchen. Opferfreudigkeit und Zusammenhalt sind die Motive, die uns leiten müssen."

Die Verbreitung der Bleibergüttungen. Der größte Teil der berufsmäßig mit bleihaltigem Material arbeitenden Menschen erleidet dabei Bergüttungen. Ganz besonders ist es bei unseren Berufskollegen der Fall, ferner bei Schriftlebern, Schriftgiefern, Buchdruckern, Glasarbeiten und Arbeitern in den

Kollegen 25 A, 1: 26 A, 4 Kollegen 27 A, 3: 28 A, 2: 30 A, 2: 36 A, 36: 37 A, 27: 38 A, 11: 39 A, 12: 40 A, 1: 41, 3: 42 A, 1 Kollege gab an: Lohn nach Vereinbarung. Von den 104 Kollegen waren 48 ledig, 56 verheiratet mit 117 Kindern unter 14 Jahren; 12 Verheiratete hatten keine Kinder. 65 Kollegen hatten 1 Std. Mittag und $\frac{1}{2}$ Stunde Frühstück- und Vesperpause, 39: 1½ Stunde Mittag und $\frac{1}{2}$ Stunde Frühstück.

Die Zeit der Zugehörigkeit zum Verband war folgender: Es waren organisiert 3 Jahre: 7 Kollegen, 2 Jahre: 43, 1 Jahr: 29, über 6 Monate: 9, unter 6 Monaten: 16 Kollegen. An Briefen und Drucksachen usw. gingen ein im Laufe des Geschäftsjahrs 117. Ausgänge waren es 257. An Verkündigungen wurde abgehalten: 4 öffentliche, zu denen Referenten geladen waren, 14 Mitgliederversammlungen. Einige Versammlungen mussten ausfallen, weil höchstens 3–5 Kollegen erschienen waren. 6 Agitationstouren auf Ortschaften wurden von 6 Kollegen unternommen. Trotzdem auf diesem Gebiet uns noch ein großes Feld zu bearbeiten bleibt, fehlte auch hier das allgemeine Interesse der Kollegen. Die Arbeiten werden meistens von einzelnen wenigen Kollegen erledigt. Das muss im neuen Jahre besser werden, denn gleiche Rechte gleiche Pflichten, und wenn ein jeder ein Stück mit beitragen, ist es ein kleines. Darum, Kollegen von Göttingen, alle Mann an die Arbeit, besucht im Laufe des Jahres vor allem besser die Versammlungen und betätigt Euch mehr als bisher, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Hildesheim. (Fahrerbericht.) Während das Jahr 1906 durch unsere Lohnbewegung etwas bewegt wurde, so war in dem abgelaufenen Jahr unsere Aufgabe, das Errungene festzuhalten, die Durchführung des abgeschlossenen Tariffs hochzuhalten und für den weiteren Ausbau der Filiale Sorge zu tragen.

Die Agitation war im vergangenen Jahre eine äußerst rege. Zur Belehrung und Aufklärung der Kollegen sowie zur Gewinnung neuer Mitglieder haben stattgefunden 24 Filialversammlungen und 2 öffentliche Versammlungen. Vorträge wurden fünf gehalten. Der Besuch der Versammlungen war wohl ein guter zu nennen, wenn es auch noch etliche Kollegen gibt, die das ganze Jahr nicht ein einziges Mal erscheinen. Hoffen wir, dass in den neuen Jahren diese Kollegen an der Überzeugung kommen, dass nur durch guten Versammlungsbesuch die Massen aufgeklärt werden. Im Anfang des Jahres wurde das Werkstattlegierungssystem eingeführt. Ebenfalls wurden Kontrollkarten herausgegeben, die von den Kollegen begrüßt wurden. Durch die Karte war im vorigen Jahr die Gründung eines Arbeitsnachweises vorgesehen, da aber wegen der Interesslosigkeit der Arbeitgeber es zu keinem klaren Abschluss kam, so führte ihn der Kollege Knes bis auf weiteres im Interesse unserer Filiale. Die Einhaltung des Tariffs durch die Unternehmer und unsere Kollegen geschah ohne besondere Zwischenfälle. Wo Differenzen entstanden, war es Aufgabe der Lohnkommission, dielem abzuhelfen. Der Zugang von fremden Kollegen war im vergangenen Jahr ein ziemlich starker. Es übernahmen im Gewerkschaftshaus 285 Kollegen, gegen 168 im Vorjahr. Auf Antrag einer Filialversammlung wurde für durchreisende, noch nicht unterstützungsfähige oder ausgesteuerte Kollegen eine Totalunterstützung eingeführt. Die Kassenverhältnisse haben sich gemäß der Wettbewerbslage auch verbessert. Am 1. Januar 1908 war ein Kassenbestand von 340,49 M vorhanden (am 1. Januar 1907 126,20 M). Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 98 (gegen 75 im Vorjahr) vollzählend. Mitglieder nach geleisteten Beiträgen in der Höhe von 5167 verkaufsten Marken. Aufnahmen waren 39 zu verzeichnen. Zugereist 89; abgereist 96; wegen rückständiger Beiträge gestrichen 14; ausgetreten 3. Die Nachbibliothek wurde von den Kollegen rege benutzt. Hoffen wir nun im kommenden Jahre wieder unsere ganzen Kräfte anstrengen zu können, damit alles vorwärts schreitet im Interesse unserer Bewegung.

Nolberg. (Fahrerbericht.) Das Jahr 1907 war für uns wiederum ein Kampfjahr. Es galt aber nicht wie vor hundert Jahren, unsere Stadt gegen ein feindliches Heer zu verteidigen, sondern es galt, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Verschlechterungen zu wahren, bzw. zu verbessern. Rechtzeitig im Oktober 1906 hatten wir unseren Tarif gefündigt und traten im Winter mit der Lohnkommission der Unternehmer in Unterhandlung zwecks Abschlusses eines neuen Tarifes ein. Trotz dreimaliger Verhandlung gelang es nicht, einen für uns günstigen Tarif abzuschließen. Die Verhandlung kam somit zum Stillstand. Am Morgen des 18. Februar 1907 (unser alter Tarif lautete noch bis zum 1. April 1907) wurden sämtliche in Arbeit stehenden Kollegen mit der Vorlegung eines Tarifs „zur gefälligen Unterschrift“ überrascht. Bezeichnend für die „Friedensliebe“ unserer Meister war der lezte Paragraph: „Wer diesen Tarif unterschreibt und ihn bricht, erhält von einem dem Arbeitgeberverbande angehörenden Mitgliede keine Arbeit mehr.“ Der von so langer Hand vorbereitete Plan, den im Winter mürbe gewordene Gehilfen eins anzuwenden, mislang vollständig; denn außer einem Jugendlichen, der die Unterföhrer später wieder zurückzog, hatte im übrigen kein einziger Kollege diesen Meisters unterzeichnet. Hierauf erfolgte die Aussperrung und der Versuch, fremde Elemente heranzuziehen. Dabei verschwieg man wohlweislich, um was es sich handelte, sondern sagte einfach: Wir haben die Nolberger Malergesellen auf die Rüben gejagt u. a. m. Das Ergebnis war im Verhältnis zur Auswendung ein klägliches und es gelang uns auch einige der Fremden wieder abzuschüben. Unter Bezirksteiler schloss dann nach vorangegangenen Verhandlungen mit den Meistern einen für uns ziemlich günstigen Tarif ab.

Als Folge der Lohnbewegung der Berliner Maurer und Hauerarbeiter hatten auch wir einen eminenten Zugang von Kollegen zu verzeichnen und eine ganze Reihe konnte dank der guten Geschäftskonjunktur, die durch die Hundertjahrfeier der Verbündigung von Nolberg noch um ein beträchtliches erhöht wurde, in Arbeit treten. Sie erhielten einen Stundenlohn von 48–60 A ohne Unterschied. Wir könnten es ihnen. Verwunderlich nur, dass man sich mit uns um ein paar Pfennige so herumfuchtet. Das Fazit hiervon: Eine Lehre für uns.

Die Mitgliederzahl bewegte sich folgendermaßen: 1. Quartal 44, 2. Quartal 51, 3. Quartal 41, 4. Quartal 38 Mitglieder. Neun Kollegen stehen der Organisation noch fern. Der Durchschnittslohn beträgt 41 A, die Arbeitszeit in sämtlichen Werkstätten ist eine zehnstündige. Von den 38 organisierten Kollegen sind zurzeit 30 arbeitslos. — Der Lohntarif wurde im allgemeinen eingehalten, wenn es auch nicht an Meistern fehlte, die nur gezwungen

ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkamen. Leider muss auch noch manchem Kollegen hierin die Wahrheit gesagt werden.

Der Versammlungsbesuch kann als leidlich bezeichnet werden, muss sich aber noch bedeutend heben. Die Bibliothek wurde recht rege in Anspruch genommen, ein Seichen, das auch noch Wissenschaftszeitungen vorhanden sind.

Lassen wir das Jahr 1907 mit allen seinen Vorgängen an unserem geistigen Auge Revue passieren, so können wir getrost sagen, dass es ein für unsere Organisation günstiges gewesen ist. Feststellen können wir, dass die Frühjahrsaussperrung unsere Kollegenschaft gefestigt hat, wie nichts zuvor. Mit inniger Freude können wir jetzt weiter feststellen, dass ein von einem „Meister“ gegen drei Kollegen angestrengter Prozess zum Leidwesen der Unternehmer zu Wasser geworden ist.

Kollegen, sorgen wir nun dafür, dass wir im nächsten Jahr unseren Kollegen im Lande einen noch besseren Stand unserer Filiale an der Kette schildern können. Agitieren daher ein jeder nach Kräften für die Stärkung unseres Verbands! W.

Hannover. Um 28. Dezember fand im Wallhofe eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Hauptpunkt der Tagesordnung war: Stellungnahme zum Ablauf unseres Lohntariffs. Einleitend gab Koll. Schubert ein Bild von der Entwicklung und den Zielen der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe. Anscheinend von der Prangzustagsfeier, die im Jahre 1869 die Gewerbefreiheit folgte, weist er darauf hin, dass zuerst die Konkurrenz der Industrie die Ursache zur Organisation der Industriellen gab. Man schaffte Verkehrsvereine und Schutzglockvereine. Über schon in den 70er Jahren ging man dazu über, Arbeitgeberverbände zu schaffen zum Schutze gegen die Arbeiterorganisationen. Über auch die Arbeiter hatten sich gerüstet. Nedner bespricht die Organisation der Buchdrucker, Gründung der Streikvereine und denen gegenüber die Antistrikevereine der Arbeitgeber. So der Verband deutscher Industrieller mit der Devise: „Schutz der Interessen des Vaterlandes und der nationalen Arbeit.“ Gewaltige Anstrengungen wurden in den letzten Jahren gemacht zur Organisation der Arbeitgeber. So wurden allein 1905/06 100 Arbeitgeberverbände gegründet; darunter etwa 60 für die Bauhandwerker. Doch die Macht dieser Verbände gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet werden sollte, zeigte sich schon in den Schwierigkeiten, die sie den letzteren bei Gelegenheit der Maifeiern entgegengestellt. Die Bauarbeitergefeuer verübten natürlich auch ihrem Einfluss auf das Malerarbeitergewerbe aus. Der Zentralisationsgedanke der Unternehmer in unserem Gewerbe trat zuerst 1905 in München auf. Nedner beleuchtet dann die beliebten Kampfmittel der Arbeitgeberverbände: Schwarze Listen, Streikklau, Materialsperrre, Kevere u. a. Zum Schluss weist der Referent auf die Zukunft der Zukunft, den Klassenkampf, hin, die in dem Abschluss der Tarifverträge bis 1909 zu suchen sei.

Im 2. Punkt der Tagesordnung war den Kollegen Gelegenheit gegeben, neben der Diskussion des Referats sich über die Stellung zum Ablauf des Lohntarifs auszusprechen. Die Beteiligung war eine rege. Sämtliche Nedner sprachen sich für Auflösung des Tarifs aus. Obwohl wir einer nicht gerade günstigen Konjunktur entgegengehen, wäre die Kündigung vorzunehmen. Es wurde betont, dass eine allgemeine Preissteigerung der Lebensmittel um 33½ Prozent stattgefunden hat, einiger wichtiger, wie Getreide und Kartoffeln, sogar bis zu 60 Prozent; dagegen eine Lohnerhöhung von nur 19 Prozent in den Jahren 1905/06. Möglicherweise eine Forderung auf Lohnerhöhung steht wohl berechtigt. Über wir dürfen nicht unter allen Umständen auf gutwillige Lohnerhöhung rechnen, sondern müssen uns wohl gerüstet halten; denn, so bemerkte u. a. ein Kollege, kündigen wir nicht den Tarif, so werden ihn die Unternehmer kündigen und uns dann vielleicht mit Verbleichungen beglücken. Kollege Nedner machte auf die Notwendigkeit einer eifrigeren Agitation aufmerksam, wenn wir uns Erfolg versprechen wollen. Hierauf nahm er die Abstimmung über die Kündigung des Tarifs vor, welche einstimmig beschlossen wurde. Nachdem noch zu regem Besuch der nächsten Versammlung aufgerufen war, die dem Willen der Mitglieder gegenüber den Meistern Ausdruck geben müsse, wurde die Versammlung geschlossen, deren Teilnehmer in froher Erwartung auf einen guten Erfolg den Saal verlassen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Die Einigung der Maurerorganisationen. In Berlin fand nach Weihnachten eine Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer statt, die nach eingehender Debatte mit 24 gegen 3 Stimmen eine Resolution zugunsten der Einigung annahm, in der es heißt:

„Die Delegierten der 16. Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands erkennen die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Organisation im Maurerarbeitergewerbe an und erklären sich mit dem Verhalten der Geschäftsleitung betreffend die Einigungsbestrebungen des Parteidorstandes vollkommen einverstanden. Sie akzeptieren die in der gemeinsamen Sitzung am 27. November 1907 ausgearbeiteten „Einigungsbedingungen“ und verpflichten sich in ihren Ortsvereinen dahin zu wirken, dass auf Grund dieser Vereinbarungen die Vereinigung mit dem Zentralverband erfolgt. Um die Mitglieder der Freien Vereinigung der Maurer richtig die Konferenz das dringende Erfordern, den Vereinbarungen ebenfalls zu zu stimmen und dafür einzutreten, dass in allen Orten der Übergang zum Zentralverbande einstellig und geschlossen vollzogen werden kann.“

Damit durfte die Vereinigung auch bei noch anderen Lohnorganisationen nur eine Frage der Zeit sein, denn die Freie Vereinigung der Maurer ist die größte und leistungsfähigste Organisation unter den lohnorganisierten Arbeitern.

— Arbeiterschutz. Der schweizerische Nationalrat hat das internationale Vereinbarung über das Verbot der industriellen Nacharbeit der Frauen und über das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zimtholzindustrie einstimmig genehmigt.

— Die Flucht aus dem Post- und Logiszwang. Der Kampf gegen den Post- und Logiszwang, den die Arbeitgeberorganisationen mit vollem Recht führen, findet noch eine lebhafte Unterstützung dadurch, dass in manchen Gewerben die jüngeren Arbeiter, die hauptsächlich dielem Abhang unterworfen sind, bei der ersten Gelegenheit den Beruf, den sie erlernt haben, verlassen und in die Kaufleute gehen, wo sie größere Freiheiten genießen. Ein

Beitrag zu diesem Kapitel lieferte uns längst eine Versammlung der badischen Schmiedemeister zum Zwecke der Gründung einer Arbeitgeberorganisation. Der Mangel an jungen Schmiedehilfsleuten kam gleichfalls zur Sprache, der uns aber nach den Neuverungen des anwesenden Handelsstammesretärs Häuser sehr leicht erklärlich ist. Er sagte unter anderem: „Die Erfahrungen mit den Tarifverträgen ließen sich heute schon als durchaus günstig bezeichnen. Was hat es aber für Mühe gekostet, die Meister davon zu überzeugen und was kostet es noch für Mühe, damit die Verträge auch eingehalten werden? Ist es denn unmöglich, wenn wie in Freiburg einzelne Meister ihre Leute in Post und Logis beschäftigen, obwohl § 1 des Tarifvertrages dieses auf Vereicherung des Meisters am Gesellen ausgehende System verbietet?“

Wenn also die Meister ihre eingegangenen Tarife nicht einmal einhalten, nach denen der Post- und Logiszwang als befeitigt zu betrachten ist, so ist der Mangel an jungen Schmiedehilfsleuten sehr leicht erklärlich, weil die Schmiede wie wenige andere dazu disponiert sind, als Fabrikarbeiter in der Industrie unterzukommen. So arbeiten also die Verhältnisse und anderseitig auch die Kuriosität der Unternehmer mit in dem Kampf, den die Arbeiterschaft gegen dieses unfreundliche System führt.

— Der internationale Zusammenschluss der Transport- und Verkehrsarbeiter macht gute Fortschritte. Am 1. Jan. 1908 hat sich der große Eisenbahnerverband Englands, die Amalgamated Society of Railway Servants, der Internationalen Transportarbeiter-Federation angegeschlossen. Der Verband zählt zurzeit 100 000 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 8 Millionen Mark. Damit tritt eine der kapitalstärksten Organisationen der Welt in den internationalen Bund der Transport- und Verkehrsarbeiter ein. Zurzeit zählt der internationale Bund 45 000 Mitglieder, davon sind 240 000 Eisenbahner, 88 000 Fuhrleute, Kutscher, Straßenbahner u. a., 80 000 Hafenarbeiter, 40 000 Seeleute und 2000 Flugmaschinisten und Seitzer. Weitere Anschlüsse stehen in nächster Zeit bevor. Unter anderem ist die der Straßenbahner und Ungefeilten der elektrischen Eisenbahnen in Amerika (30 000 Mitglieder), die Organisation der Straßenbahner und Kutscher in England (18 000 Mitglieder), die Organisation der Reichterschiffner der Themse (3000 Mitglieder) und die Organisation der Schauknechte in London (2000 Mitglieder). Auf dem im Sommer 1908 in Wien stattfindenden internationalen Kongress werden dennoch mit Sicherheit eine halbe Million Verkehrs- und Transportarbeiter vertreten sein. Wenn man sich gegenwärtigt, dass am 1. Oktober 1904 dem Tag der Übergabe der Leitung von England an Deutschland kaum 100 000 Mitglieder der Internationalen Transportarbeiter-Federation angehörten, dann kann man nach dem heutigen Stande der Internationale mit Recht behaupten, der internationale Zusammenschluss der Transport- und Verkehrsarbeiter hat rapide Fortschritte gemacht.

— Das Recht der Krankenkassen zur Beschickung von sozialpolitischen Kongressen auf Kosten ist in letzter Instanz vom preußischen Kammergerichte anerkannt worden. Die Aufsichtsbehörde hatte die Vorstandsmitglieder der Berliner Ortskrankenkasse für Kaufleute auf Rückzahlung von etwa 800 Mark als Kongresskosten verhinderten Geldes verboten, ist damit aber vom Kammergerichte abgewiesen worden. Damit dürfte endlich über diese vielumstrittene Frage Klarheit geschaffen sein.

— Dem „Lynkus“ der Deutschen Arbeitgeberzeitung, der sich bekanntlich seit Gründung dieses gehässigsten unter allen Unternehmerblättern als der unentwegt treue Vor- und Nachmittagsnachtwächter des Schriftmachers auszeichnet, hat vor kurzem die Bildhauerzeitung gehört auf die Finger geklopft und u. a. festgestellt, dass sich hinter dem Pseudonym Lynkus ein Herr Dr. Popper aus Wien verbirgt. Unter der Überschrift: Der unrichtige Lynkus, schrieb nun darauf die aufgeschreckte Arbeitgeberzeitung:

Das Gewerkschaftsblatt polemisiert heftig gegen unsere Ausführungen und sagt dem Verfasser der selben, dem bösen Lynkus, die üblichen Liebenswürdigkeiten. Wir hätten keine Veranlassung, auf diese Anrempelung einzugehen, wenn nicht die Bildhauerzeitung mit ihrem Bon einen Unsichlichen getroffen hätte. Sie nimmt nämlich an, dass sich hinter dem Pseudonym „Lynkus“ ein Herr Dr. S. Popper, Wien, verbirgt, der, wie wir nachträglich festgestellt haben, tatsächlich ebenfalls diesen nicht ganz feindlichen Decknamen wiederholt gebraucht hat. Wir stellen hierdurch fest, dass Herr Dr. Popper unser Blatte gänzlich fern steht, und wollen der Bildhauerzeitung gern verraten, dass es der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, Dr. Kuh, ist, der schon seit mehr als zehn Jahren, und daher auch in diesen Spalten unter dem Namen „Lynkus“ schreibt.

Die Bildhauerzeitung quittierte sofort, indem sie dem „Sichäugigen“ wöchentlich Umschau haltenden Doktor nachstehende bittere Wille mit auf den Abmarsch gab:

Wir bedauern selbstverständlich die uns unterlaufene, allerdings leicht erklärliche Verwechslung der beiden Lynkus-Doktoren und freuen uns, dass Herr Dr. Popper nicht der Verfasser der Umschau-Artikel der Deutschen Arbeitgeberzeitung ist. Er könnte sich auch nichts daran einbilden und wird gewiss dem Herrn Dr. Kuh in Reinheit den Ruf nicht streitig machen, der gehässigte, aber auch leichteste und oberflächliche Kämpfer der Arbeitersbewegung zu sein, der in den Spalten der Unternehmerpresse sein Unwesen treibt. Der Reinbeker Lynkus stellt allwöchentlich einen Eimer voll schlammigen Wassers bereit, um es über dasjenige auszugehen, was nach Sozialismus reicht. Wenn wir uns — natürlich mit dem Gefühl physischen Ekel — hin und wieder mit ihm beschäftigen, so geschieht dies lediglich in der Absicht, unseren Lesern zu zeigen, wie wenig dieser Sichäugige Doktor von den Sachen versteht, über die er seine Arbeitgeberlehren will. In unserem Artikel waren keine Liebenswürdigkeiten enthalten und der Artikel ist auch keine „Untempelung“, sondern er erbringt den Nachweis, dass Herr Dr. Kuh — ehrlich oder unehrlich — seinen Arbeitgebern blauen Dunst vormacht, indem er den Teil des Einkommens, den ein Unternehmer aus eigener Tätigkeit im Betriebe mit Recht bezieht, mit dem Teil des Einkommens verwechselt, das der Kapitalist aus der Ausbeutung fremder Arbeit sich aneignet. Allerdings ist diese Verwechslung nicht die einzige, mit dem Herrn Dr. Kuh operiert. Wir erinnern uns eines Vortrags von Dr. Kuh, dessen Kritik ein Humorist in den Satz zusammenfasste: „Um solche Behauptungen ausspielen

und öffentlich vertreten zu können, muß man schon eine männliche Stube sein." Ghe der solcherart charakterisierte Herr Doktor weiterhin von „Trugschlüssen der Sozialdemokratie“ redet, hätte er Ursache, erit selbst einmal ein Collegium logicum zu nehmen, um Begriffe unterscheiden zu lernen. Möge er doch einmal den Verlust machen, unsere Einwürfe gegen seine Theorie vom Unternehmervorwinn zu widerlegen. Das ist allerdings schwerer, als einfach drauf los zu schimpfen. Zu einer sachgemäßen Widerlegung gehört Denkfähigkeit, zum Schimpfen gehört lediglich Unverantwortlichkeit. Traurig aber ist es, daß ein Mann, der sich Doktor nennt und sich den Namen Lynkus & Co. der Buchdrucker belegt, sich die Aufgabe stellt, einen Ton in die Bohemik einzuführen, der kaum unter Fischweibern Mode ist. Und wenn wir dem Herrn Dr. Stuh bisweilen „Liebenswürdigkeiten“ gesagt haben, so waren sie lediglich das Echo seiner Schimpfereien.“

Arbeiterversicherung.

Krankenversicherung 1906. Während in den früheren Jahren die Hauptergebnisse der Krankenversicherung für das Deutsche Reich erst im zweiten Quartal des zweiten Halbjahrs in den Vierteljahrsschriften zur Statistik des Deutschen Reichs erschienen, veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt schon jetzt „Vorläufige Ergebnisse der Krankenversicherung im Jahre 1906“. Diesem Material ist folgendes zu entnehmen:

Im Jahre 1906 waren 23 215 Krankenkassen vorhanden, 88 mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres beträgt 11 689 697, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 506 000. Das Wachstum betrifft hauptsächlich wieder die Ortskrankenkassen mit 312 000; auch die Betriebskrankenkassen nehmen mit 155 000 an dem Wachstum teil, ferner die Eingeschriebenen Hülfskassen mit 26 000 und die Gemeindeversicherung mit 18 000 Mitgliedern.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4 423 793 mit 87 445 057 Krankheitstagen; auf ein Mitglied kommen durchschnittlich 0,88 Erkrankungsfälle und 7,48 Krankheitstage, für die Krankengeld oder Krankenanstaltspflege gewährt wurde.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Buschlässe, Erträgeleistungen, sonstige Einnahmen abgänglich derer für Invalidenversicherung) betragen 293 820 905 M., darunter Beiträge einschl. Buschlässe und Eintrittsgelder 276 659 883 M.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitsosten, Erträgeleistungen, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abgänglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) belaufen sich auf 269 593 888 M., darunter die Krankheitsosten 241 128 937 M., welche sich verteilen auf:

ärztliche Behandlung	57 288 709 M.
Ärzte und sonstige Heilmittel	85 259 048 "
Krankengelder	104 153 862 "
Unterstützung an Schwangere u. Wochenmutter	5 062 158 "
Sterbegelder	6 522 238 "
Unfalltiersvorsorge	32 668 251 "
Vorsorge für Rekonvaleszenten	175 186 "
auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20,63 M. Krankheitsosten.	

Die Verwaltungsausgaben abgänglich derer für die Invalidenversicherung betragen 15 328 856 M., auf ein Mitglied durchschnittlich; bei den Ortskrankenkassen 2,01, bei den Eintrittskrankenkassen 2,40 und bei den Eingeschriebenen Hülfskassen 2,35 M.; bei den Betriebs- und Baukrankenkassen werden sie fast ganz von den Betriebsunternehmern, in der Gemeindekrankenversicherung ganz von der Gemeinde getragen; bei allen Kassen überhaupt stellen sich die Verwaltungskosten auf ein Mitglied daher nur auf 1,81 M. durchschnittlich.

Das Gesamtvolumen betrug 280,4 Millionen Mark (im Vorjahr 203), wovon auf die Ortskrankenkassen 105,9, die Betriebskrankenkassen 97,1 und die Eingeschriebenen Hülfskassen 18,6 Millionen Mark entfielen.

Ergebnisse der Invalidenversicherung für das Jahr 1906. Die dem Reichstage zugegangene Nachweisung umfaßt die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 9 zugelassene Kasseinrichtungen, die im Jahre 1906 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden.

Diese 40 Versicherungsträger besaßen am Jahresabschluß insgesamt 293 Vorstandsmitglieder, 42 Hilfsarbeiter der Vorstände, 626 Ausschußmitglieder, 864 Kontrollbeamte, 2 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2440 beauftragte Mandatenaussteller und etwa 7400 mit der Eingabeung der Beiträge beauftragte Stellen.

An Wochenbeiträgen wurden bei den 81 Invalidenversicherungsanstalten rund 640 Millionen Stück verrechnet, die einen Erlös von 156 544 529 M. ergaben. Hierzu entfielen auf politische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit rund 5,7 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 478 888 M. Bei den Kasseinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen rund 18 681 641 M.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1906 wurden 185 193 Renten als im Jahre 1906 zugegangen behandelt, nämlich 111 885 Invalidenrenten, 12 569 Krankenrenten und 10 739 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrag von 162,88 M., 163,29 M. und 160,80 M.

Beitragsabstimmungen wurden im Jahre 1906 festgestellt bei 153 224 Heiratsfällen, 710 Unfällen und 82 827 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 87,70 M., 78,46 M. und 80,41 M. stellte.

Auf diese reichsrechtlichen Entschädigungen wurden allein zu Lasten der 40 Versicherungsträger, also ohne den Anteil des Reichs, im Rechnungsjahre 1906 102 651 960 M. gezahlt, und zwar an Renten 94 215 214 M. an Beitragsentnahmen 8 436 145 M. Die hierzu noch tretentende Leistung des Reichs belief sich auf 48 757 607 M.

Für das Heilverfahren wurden 13 468 262 M. aufgewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite geleisteten Kostenzuschüsse in Höhe von 3 478 189 M. bereits Abzug gebrochen. Der obige Betrag umfaßt n. a. die Unterstützung am Angehörigen der in Heilbehandlung genommenen Versicherten in Höhe von 1 157 289 M. Darüber hinaus wurden aber noch weitere 754 162 M. gewährt.

Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 590 563 M. Hiervon wurden durch Einbehaltung der Renten der Pfleglinge 153 719 M. erstattet

und durch Auschüsse von anderer Seite 29 089 M. ersetzt, so daß den Versicherungsträgern eine Neinausgabe von 407 754 M. erwuchs.

In Verwaltungskosten überhaupt wurden 15 863 753 M. ausgegeben, was auf 1000 M. der gesamten Ausgaben eine solche von 119 M. bedeutet. Auf die einzelnen Arten verteilen sich die überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Aufwendungen so, daß von 1000 M. auf die allgemeine Verwaltung 582 M. auf die Kosten für die Einziehung der Beiträge 154 M. auf die Kosten der Kontrolle 97 M. und auf sonstige Kosten 167 M. entfielen. Insgesamt haben sich im Jahre 1906 die Einnahmen auf 214 583 183 M. die Ausgaben auf 183 597 752 M. beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 80 985 431 M. ergibt.

Am Schlusse des Jahres 1906 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsrechtliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kassenanstaltungen auf 1 818 525 631 M., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5 096 435 M. tritt. Von 1000 M. Vermögen waren 18 M. im Kassenbestande vorhanden, während 936 M. in Wertpapieren und Darlehen und 46 M. in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verteilung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 8,53 v. H. des Ankaufspreises.

Gerichtliches.

Gerechte Strafe für eine cristiatische Verleumdungsfäste. In Meissen hatten bei Gelegenheit der letzten Wahlen der Bevölkerung zum Gewerbericht die christlichen Gewerkschaften ein Flugblatt gegen die Sozialdemokraten erlassen, das von wütsten Schmähungen strotzte. Es war dort unter anderem behauptet worden, die bisherigen sozialistischen Bevölkerer des Gewerberichts lieben sich schmähen; wer nicht Sozialdemokrat sei, könne vor dem Gewerbericht nicht gewinnen; die Sozialisten benützen ihr Richteramt, um ihre parteipolitischen Zwecke zu fördern. Von einer unparteiischen Rechtfrechung könnte schon deswegen keine Rede sein, weil die Sozialdemokratie behauptete, der Mensch stamme vom Affen ab; wie könne denn ein affenartiges Wesen im Namen des Kaisers recht sprechen? Die Staatsanwaltschaft leitete die Offizialklage wegen Beleidigung der sozialdemokratischen Gewerberichtsbevölkerer gegen den christlichen Gewerkschaftler Ruff, der das Flugblatt verantwortlich gezeichnet hatte, ein. Das Schöffengericht verurteilte Ruff entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der in einer Geldstrafe von 100 M. eine genügende Sühne der schweren Beleidigung sehen wollte, zu 14 Tagen Gefängnis. Der vom Angeklagten angebrachte Wahrscheinbeweis war in allen Punkten misslungen.

Der eigentlich Schuldige ist leider nicht getroffen worden, denn der Gipser Ruff war nur der vorgeschobene Strohmann, davon sind die Meisten Gewerkschaftscollegen überzeugt. Das Material von der sozialdemokratischen Offenttheorie erinnert übrigens an die bekannten Vorgänge in Kassel bei Köln. Auch dort wurde vor einigen Jahren bei der Gewerberichtswahl ein ungemein schmäliges Flugblatt gegen die freien Gewerkschaften verbreitet, das in ähnlicher Weise wie das in Meissen herausgegebene gehalten war. Vor Gericht gestellt entpuppte sich ein Kaplan Billeßen als der Verfasser des Schriftstückes, der be- und wehmüthig dann alles zurücknahm.

Eingesandt.

Wie die Kollegen von Aue und Umgegend hoch alle jedenfalls wissen, läuft unser Tarif dieses Frühjahr ab. Um nun die Ansichten der gesamten Mitglieder zur etwaigen Kündigung des Tarifs kennen zu lernen, ist es vor allen Dingen notwendig, die Versammlungen zu besuchen. Leider ist in Aue im vergangenen Jahre eine derartige Saumseitigkeit betreffs Versammlungsbuches und überhaupt Organisationsangelegenheiten eingerissen, daß eine besonders große Portion Optimismus für die leitenden Personen notwendig ist, um den Mut nicht zu verlieren, auf eine Aenderung zu hoffen.

Kollegen! Hand aufs Herz! Seid ihr gewillt, daß dieser alte Schlangenart auch im neuen Jahre in unserer Zahlstelle weitergehen soll? Wollt ihr der Verwaltung nicht mit Rat und Tat zur Seite stehen, um andere Verhältnisse einzuführen? Es mag sich doch jeder sagen, daß eine derartige Saumseitigkeit nicht verborgen bleibt, sondern auch zu den Ohren der Meister kommt, die sowieso jetzt in Aue Hahn im Korb sind, und unserer Organisation scheint gar keine Bedeutung beizutragen. Ich erinnere euch daran, daß wir betreffs Bleibeverordnung im April 07 eine Eingabe an den Obermeister gemacht haben, und bis heute noch keinen Bescheid erhalten haben. Wenn die Meister würsten, daß wir energisch vorgehen, würden sie uns eine derartige Behandlung gar nicht bieten, aber unter den augenscheinlichen Verhältnissen können sich diese Herren eben solche Manöver erlauben.

Kollegen! Sonntag den 19. Januar findet in Aue nun unsere Versammlung statt, in der die Kollegen entscheiden sollen, ob unser Tarif am 6. Februar gekündigt werden soll oder nicht. Ich fordere nun an dieser Stelle die Kollegen von Aue und Umgegend auf, daß jeder anwesend ist, um seine Stimme abzugeben und seine Ansichten auszusprechen. Den Kollegen, die in der Verwaltung tätig sind, kann doch nicht zugemutet werden, daß sie die Verantwortung für alles allein tragen sollen. Zu diesem Zwecke ist es Ehrenpflicht jedes einzelnen, mit darüber zu entscheiden, damit, wenn der oder jener Beschluß gefaßt wird, die Kollegen nicht sagen können, ich bin nicht dagewesen und bin deshalb mit den Folgen eures Beschlusses nicht einverstanden.

Kollegen! Wer sich nun einer derartigen Handlungswise schuldig machen würde, könnte gar nicht anders als ein Feigling angesehen werden. Also deshalb nochmals: Alle Kollegen am 19. Januar in die Versammlung, um ihre Stimme abzugeben, weil davon die ganze Lage für 1908 abhängt.

H. S., Aue i. Erzg.

Vom Ausland.

Oesterreich. Gesperrt sind die Städte: Szatmar, Kaposvar, Miklos, Edolnok, Kolozsvár, Arad, Gyula, Komarom und Nagyszeben.

Schweiz. In Interlaken sind die Kollegen noch ausgesperrt. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Belgien. Der 9. Kongress der belgischen Gewerkschaften fand am 25. und 26. Dezember v. J. in Wolenbeek-St. Jean, einem Vorort von Brüssel statt. Anwesend waren 213 Delegierte, wovon 87 von solchen gewerkschaftlichen Gruppen, die der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen sind. Der hauptsächlichste Punkt, der zur Beratung stand, war die Schaffung eines Reserve- und Widerstandsfonds. Es wurde der Beschluß gefaßt, einen Reservefond zu bilden, zu dem auch die Partei und die Gewerkschaften, ferner die Unterstützungs- und die Bildungsvereinigungen Beiträge leisten sollen. Im Prinzip erklärte sich der Kongress auch für die Schaffung eines besonderen Widerstandsfonds, um in Zeiten der Krisis die Angriffe der Unternehmer abwehren zu können. Die Gewerkschaftskommission wurde beauftragt, eine Liste in umfang hierüber in allen Gewerkschaften vornehmen zu lassen. Der Gewerkschaftskommission sind jetzt 64 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeschlossen, es sind das 20 000 mehr als im Vorjahr. Der Kommission stehen auch noch viele gewerkschaftliche Gruppen fern, und zwar namentlich deswegen, um die an die Gewerkschaftskommission abzuführenden Beiträge zu sparen. So sind von den etwa 50 000 organisierten Bergarbeitern der Gewerkschaftskommission etwa 10 000 angegeschlossen. Einzelne Ortsgruppen schließen sich an, andere nicht. Der Bericht des Sekretärs und Kassierers wurde genehmigt. Nachdem noch eine große Anzahl Grenzstreitigkeiten besprochen waren, wurde der Kongress geschlossen.

Lohnkämpfe in Russland im 3. Quartal 1907. In Nr. 4 des Bulletins des Vereins der Fabrikanten des Mostauer Industriebezirks finden sich interessante Angaben über die Lohnkämpfe in Russland im 3. Quartal 1907. Das Bulletin konstatiert, daß die Arbeiterbewegung während dieser Zeit weiter ihren bisherigen Charakter noch ihre Intensität eingehakt hat. Aus dem zentralen Industrieraum ging die Streikbewegung auf die nördlichen Provinzen über, wo sie sich hauptsächlich im Petersburger Industrieraum konzentrierte. Sie ergriff vorzugsweise die Textilindustrie, es streiften aber auch die Arbeiter der staatlichen Schiffbauwerke und privater Metallarbeitsfabriken. Im ganzen streiften hier 21 000 Arbeiter. Auch im Mostauer Industrieraum fanden Streiks statt, vorzugsweise auf Textilfabriken, hier und da jedoch auch auf Metallwerken. Anlaß zu den Streiks gab es — abgesehen von dem allgemeinen Bestreben der Arbeiter, günstigere Lohnbedingungen zu erzielen — vorzugsweise Arbeitserentlassungen, Unzufriedenheit mit einzelnen Vertretern der Fabrikadministration, sowie die Versuche einzelner Unternehmer, die Lohnbedingungen zu verschlechtern.

Was die Resultate der geschilderten Lohnkämpfe betrifft, so endeten im Petersburger Rayon nur wenige Streiks mit einem unmittelbaren Sieg der Arbeiter. Um jedoch der weiteren Ausbreitung der Bewegung vorzubeugen — heißt es im Bulletin — erhoben die Fabrikanten nach gemeinsamer Vereinbarung den Lohn um 5 bis 12 Prozent und führten bei zweitlichem Betrieb den Neustundentag und Samstag den Nachstundentag ein. Dank diesen Konzessionen gelang es nach Ansicht der Fabrikanten, den regelmäßigen Betrieb auf den Textilfabriken wieder herzustellen. In den übrigen Industriebezirken wurden 81 Prozent aller Streiks durch höhere Lohnforderung hervorgerufen, und in 19 von 83 Fällen endeten sie auch wenn nicht mit einem vollen, so doch mit einem partiellen Sieg der Arbeiter. In den westlichen Gouvernementen haben die Lohnkämpfe eine außerordentliche Intensität angenommen, was nach Ansicht des "Bulletins" eine ganz steile Hartnäckigkeit und Sperrungen in Lodz, Warschau usw. hervorgerufen hat.

Es verbietet der Beachtung, welche Stellung das Unternehmerorgan zu den Gewerkschaften einzunehmen. Es konstatiert, daß die Gewerkschaften im Petersburger Rayon in vielen Fällen regalen Anteil nahmen an der Schlichtung von Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern, was nicht selten die Wiederherstellung des normalen Betriebes auf den Fabriken außerordentlich beschleunigte. Dagegen sei es den Arbeitern im Mostauer Industrieraum infolge der Sichtierung des größten Teils ihrer Verbände unmöglich gewesen, ihre Organisationen zum Zweck der Vereinbarung mit den Unternehmern auszunutzen.

Aus Holland. Am 25. und 26. Dezember 1907 hielt unsere holländische Brudergesellschaft im Haag ihre Jahreshauptversammlung ab. Vertreten waren 29 Orte durch 49 Delegierte. Von unserem Verbande wohnte Kollege Fricker-Hamburg den Verhandlungen bei. Der Vorstand konnte berichten, daß der Verband bedeutend an Mitgliedern zugenommen habe, daß das Stellvertretat aber noch ein besseres gewesen wäre, wenn nicht die Firma im Bauwesen so heftig eingestellt hätte. Wiederum sei es gelungen, einige Fachvereine an die Centralisation anzuschließen. Die Zahl der Mitglieder ist gestiegen von 16 auf 28 im Berichtsjahr und die Mitgliederzahl beträgt 1810 in 28 Orten. Die Einnahmen betragen 14 497 561½ fl., die Ausgaben 7669,29 fl., darunter für Sonderunterstützung 2196,18 fl. Der Kassenbestand stellt sich auf 6828,27½ fl.

Bon den Lohnbewegungen endeten 8 mit Erfolg, einige wurden vertragt. Der Stundenlohn schwankt zwischen 15 bis 25 Cents (1 Cent = 1,7 fl.). Die Arbeitszeit ist durchschnittlich noch eine halbe, 11 und 11½ Stunden pro Tag, ja sogar in einem Ort ist noch die zwölfstündige vorhanden. Gerade in diesem Orte ist der Stundenlohn auch der niedrigste.

Den Kampf gegen das Bleiweiß haben die holländischen Kollegen, wie unseren Mitgliedern bereits durch den Vereinsanzeiger bekannt ist, aufgenommen, indem sie eine Adresse an die Minenbetriebe und Bürgermeister gesandt haben, in der sie erachten, die Verwendung von Bleiweiß bei städtischen Arbeiten zu verbieten. Ein Erfolg ist bereits eingetreten, mehrere Gemeinden haben mitgeteilt, daß erst Unterordnungen aufzustellen seien. Nun die Bewegung gegen die giftigen Bleiweiß in Fluß gekommen ist und Verbote bereits erlassen sind, erscheinen auch die Bleiweißfabrikanten auf dem Plan, um im Bunde

mit den Malermeistern, genau wie bei uns, eine Gegenagitation zu betreiben. Hauptfachlich der Utrecht Bleiweißfabrikant Greve macht alle Anstrengungen, um die Notwendigkeit des Bleiweißes nachzuweisen, und läßt sich diese Agitation um den Profit ziemlich große Summen kosten. Es wird ihm aber nichts nützen, die Kollegen haben die Schädlichkeit erkannt, sie werden den Kampf weiterführen. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Vorstand wurde beauftragt, Untersuchungen anzustellen, ob es möglich sei, die Arbeitsschulen unter stützung im Verbande durchzuführen. Bierfeldschen haben diese bereits eingeführt. Die Kollegen zahlen in den Sommerwochen einen höheren Beitrag als den festgesetzten, von diesen Einnahmen werden die arbeitslosen Kollegen fünf Wochen unterstützt. In drei Dörfern zahlen die Gemeinden einen Zuschuß von 60 bis 100 Proz. auf die Summe zu, so daß die Arbeitslosen doch immerhin einige Wochen vor der größten Not geschützt sind.

Die Sätze für die Streikunterstützung wurden erhöht. Die Unterstützung betrug bis jetzt die Höhe des dreifachen Stundenlohnes. Nun beträgt sie die vierfache Höhe des Stundenlohnes. Die verheirateten Kollegen erhalten pro Woche einen Zuschuß von 1 fl., dazu außerdem für jedes Kind 50 Cents bis zum Betrage von 2 fl.

Ange stellt sind im Verband der Getreide- und der Hauptfachler, diese bezahlen einen Lohn von 16 fl. pro Woche. Mit großer Mehrheit wurde der Lohn auf 17 fl. erhöht.

Dem Wunsch der Internationalen Konferenz in Leipzig 1907, die Messeunterstützung einzuführen, wird durch folgenden Beschuß nachgekommen: Der Vorstand soll ein Reglement ausarbeiten zur Ausszahlung der Messeunterstützung für nach Holland zureisende Kollegen.

Alle Anträge auf Erhöhung der Krankenunterstützung und Einführung einer Sterbeunterstützung wurden abgelehnt, da die Kosten zu hoch würden. Eine starke Kasse als Kampfondt zu haben, sei zunächst das wichtigste in einer Organisation. Die Unterstützungen seien nur ein Mittel zum Zweck, aber nicht Selbstzweck. Ghe davon gedacht werden können, müßten erst die Beiträge erhöht werden, dies sei aber bei der jetzt herrschenden Krise nicht möglich. Allzeitig wurde anerkannt, daß es noch viel Arbeit gebe, ehe die Organisation alle bestehenden Missstände beseitigen könne. Die Kollegen im Lande müßten die Hauptverwaltung noch viel mehr als bisher unterstützen, sie sollten nicht erschlagen, die Organisation zu fördern, sie groß und stark zu machen.

Mehrere Kollegen in Holland hatten in den letzten Jahren einen schweren Stand gegenüber den lokalen Strömungen (ähnlich wie sie bei uns bestehen) und der christlichen Organisation, die auch da nicht fehlt. Sie sind aber trotzdem vorwärts gekommen; hoffen wir, daß es ihnen in der Zukunft trotz der Krise gelingt, ihren Verband weiter auszubauen, damit er immer mehr ein Schutzwall zum Wohle für die niederländischen Kollegen wird. Der rege Geist, der in der Jahressammlung zum Ausdruck kam, bietet die Gewähr dafür.

Literarisches.

Le Traducteur und Le Translator. Wer die Voraussetzung im Französischen und Englischen besitzt und sich darin zu üben und leicht zu fördern wünscht, dem seien diese beiden Blätter warm empfohlen. Sie bringen monatlich Leser- und Lehrstoff und berücksichtigen besonders die Unterhaltungssprache. Von Februar 1908 an erscheint im gleichen Verlage "Il Traduttore" (italientisch-deutsch). — Probenummern kostengünstig durch die Geschäftsstelle des "Traducteur" oder des "Translator" im La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Anzeigen.

Filiale Halberstadt.

Die Messeunterstützung wird im "Gewerkschaftshaus," Gerberstr. 15, ausgezahlt. 1.—M. Die Verwaltung.

Filiale Essen (Ruhr).

Vom 1. Januar ab befindet sich unser Büro Grabenstraße 67, 2. Etage. Alle Zusendungen sind von jetzt ab an obenge nannte Adresse zu richten. 1.40 M.

Der Vorstand.

Stuttgarter Fachschule für Holz- und Marmormalerei.

Leichtfächlicher Unterricht. Praktische Methode. — Eintritt jederzeit. Prospekt gratis.

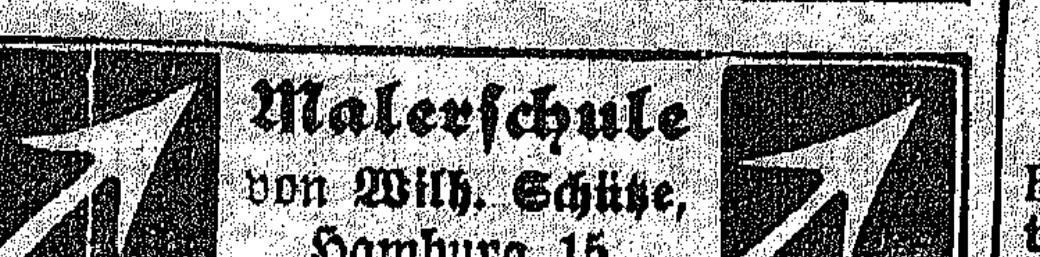
Joh. Mack, Spez. für Holz- und Marmormalerei, Weberstr. 7/9.

Maler-Mäntel,

nur eigenes Fabrikat und beste Qualität. Umlegekragen, schräge Taschen
110 120 130 140 cm lang
3.— 3.10 3.25 3.40 M.

Mützen 40 M., Nessel-Hosen 2.10 M., Dreihosen und Jacken von Leinen 2.20 M., Extra-Größe per Stück 3.— M.

D. Wurzel & Co., Berlin,
Brückenstraße 18, II.



Sterbetafel.

Berlin. Am 17. Dezember starb der Kollege Richard Schulz, 36 Jahre alt.
Düsseldorf. Am 31. Dezember 1907 starb infolge Nierenentzündung unser treuer Mitglied Heinr. Bodenheimer im 26. Lebensjahr.
Frankfurt a. M. Am Montag den 30. Dezember 1907 starb unser Kollege Chr. Nieberhäuser im Alter von 42 Jahren.
Hamburg. Am 21. Dezember verstarb unser Mitglied F. o. Hansen, 46 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit.
Hannover. Am 16. Dezember starb im Alter von 48 Jahren unser Mitglied der Lackierer Johann Virgmann.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstiel.

Wekanntmachung.

Sämtliche Geldsendungen, sowohl für die Hauptfasse als auch für die Unnoncen des "V.-U." sind mit dem entsprechenden Vermerk auf dem Abschnitt an

H. Wentler, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17 zu adressieren.

Die Erhebung eines Winterbeitrages von 30 M. ab 1. Januar 1908 sowie eines Sommerbeitrages von 60 M. wird der Filiale M. e. bestätigt.

Mit Nr. 8 des "V.-U." werden wir den Filialen die Formulare für die Jahresauflistung zugehen lassen.
Die bis heute gemeldeten Neu- und Erholzwahlen werden bestätigt.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptfasse vom 29. Dezember bis 6. Januar.

Für das 4. Quartal wurde eingesandt: Weizwasser M. 50.; Schwenningen 49.80; Ingolstadt 71.70; Bremen 89.60; Lübeck 62.40; Crefeld 240.77; Brünnberg 76.30; Forst 10.40; Oranienburg 107.40; Naumburg 144.49; Fürstenwalde 121.80; Freiburg 200.—; Uetersleben 90.79; Bielefeld 92.16; Greifswald 95.98; Eisenach 128.58; Spandau 82.60; Mühlhausen i. Th. 88.22; Hamborn 28.75; Dessau 244.48; Kaiserslautern 113.69; Cottbus 268.36; Liegnitz 129.68; Jena 27.97; Solingen 97.65; Celle 98.84; Hildesheim 283.19; Fürstenwalde 47.80; Lünen 17.48; Coburg 65.18; Sagan 27.40; Rostock 342.97; Gera 244.26; Potsdam 121.77; Singen 99.65; Lürrach 50.—; Meineck 56.20; Mannheim 105.79; Mühlhausen i. Th. 62.41; Marburg 48.40; Köslin 50.75; Einbeck 161.77.

Vom 16. November bis 15. Dezember gingen für ausgeschaltete Krankenunterstützung Scheine ein:

Nachen M. 29.20, Altenburg 119.55, Bamberg 53.90, Berlin 1546.95, Braunschweig 83.60, Bremen 184.55, Breslau 288.95, Cassel 150.10, Chemnitz 143.85, Gotha 9.10, Cottbus 32.60, Crefeld 89.80, Grimmitzschau 2.80, Cuxhaven 1.50, Danzig 82.85, Darmstadt 289.20, Dessau 16.80, Dortmund 37.—, Dresden 391.80, Düsseldorf 82.85, Eisenach 22.85, Eichwege 7.—, Erfurt 86.95, Flensburg 27.80, Frankfurt a. M. 877.65, Freiburg 25.70, Gera 18.—, Görlitz 9.—, Greiz 10.—, Gütersloh 5.25, Halle 144.90, Hamborn 12.—, Hamburg 486.15, Heidelberg 87.80, Herford 10.80, Hildesheim 11.—, Jena 74.80, Königsberg 80.10, Kiel 136.15, Landau 8.90, Leipzig 82.80, Lübeck 9.35, Magdeburg 75.80, Mainz 261.85, Mannheim 111.95, Marburg 84.90, München 890.25, Meerane 30.40, Notowes 27.55, Nürnberg

2.00, Osnabrück 11.—, Bozen 22.75, Osnabrück 11.—, Potsdam 22.80, Rosenheim 22.75, Saarbrücken 8.50, Schwerin 6.75, Stettin 60.55, Straßburg 32.10, Wadensburg 5.50, Weimar 19.80, Würzburg 178.05, Worms 14.40, Reck 20.05, Bittau 3.90, Zwiedau 53.80, Einzelmitglieder 40.15; in Summa M. 7220.40.

Sterbescheine gingen ein:
Aachen M. 10.—, Berlin 15.—, Braunschweig 10.—, Bremen 20.—, Bremen 30.—, Cottbus 15.—, Chemnitz 10.—, Cottbus 10.—, Grimmitzschau 10.—, Darmstadt 40.—, Düsseldorf 20.—, Dresden 90.—, Eisenach 10.—, Frankfurt a. M. 185.—, Frankfurt a. O. 20.—, Freiburg 10.—, Glauchau 10.—, Glauchau 10.—, Halle 25.—, Hamburg 20.—, Hannover 10.—, Heidelberg 90.—, Kiel 15.—, Landau 10.—, Magdeburg 80.—, Mainz 30.—, Mannheim 10.—, Meerane 20.—, München 50.—, Osnabrück 20.—, Prenzlau 10.—, Potsdam 10.—, Stettin 45.—, Werdau 25.—, Würzburg 10.—, Reck 10.—, Zwiedau 10.—; in Summa M. 1005.

Material wurde versandt:

B. = Beitragssmarken. C. = Eintrittsmarken.
D. = Duplikatsmarken. F. = Futterale.
Crefeld 1600 B. a 25 J.; Eisenach 30 E.; Glauchau 10 E.; Ingolstadt 10 E.; Kölberg 10 F.; Meß 1200 B. 20 J.; Reichenbach 10 E.; Siegen 400 B. a 25 J.; Duisburg 800 B. a 25 J.

G. Wentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbetafel

der Male und verw. Berufsgenossen Deutschland

(Siegelschein Haushalte Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassierers vom 28. Dezember 1907 bis

4. Januar 1908.

Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Eggert-Hensburg M. 60.—, Witten-Begeiad 75.—, Brand-Erbisdorf 50.—, Gamper-Borsigheim 100.—, Burp-Everswald 70.—, Wagner-Böhnen 30.—, Müller-Meerane 100.—.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden ab gesandt an Becher-Solingen M. 70.—, Schulze-Spandau 200.—, Friedrich-Augsburg 100.—, Kind-Mülhausen i. G. 100.—, Neumann-Hirschberg i. Sch. 60.—, Klin. Baden-Baden 50.—, Schab-Braunschweig 200.—, Linat-Etteln 200.—, Wirsching-Würzburg 50.—, Steichert-Neustadt-Haardt 100.—, Raune-Bremen 150.—, Thomae-Nürnberg 200.—, Schüler-Charlottenburg 300.—, Adam-Breslau 800.—, Vogels-Posen 100.—, Völger-Berlin 3000.—, Doering-Görlitz 100.—, Wahl-Kettlingen 100.—.

Krankengelder erhielten Buchen 22924 G. Mohler in Brandenburg a. H. M. 12.60, Buchen 22957 W. Kühlert in Mehlis M. 12.60, Buchen 32011 F. May in Ronitz in Westpreußen M. 16.80, Buchen 12569 U. Dill in Weissenburg in Bayern M. 25.20, Buchen 30601 F. Schneider in Goslar M. 25.20, Buchen 3214 F. Tappert in Norden M. 10.50, Buchen 34041 B. Jancaj in Hohenstaufen M. 29.40, Buchen 31906 B. Clement in St. Gislingen in Württemberg M. 123.90, Buchen 876 B. Rabine in Angermünde M. 16.80, Buchen 32826 F. Mattheisen in Stötter in Schlesien M. 14.70, Buchen 12674 F. Ledderer in Schlicht in Bayern M. 23.10, G. B. Bulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Abtitung der Expedition.

Im Dezember gingen ein von den Filialen: Hannover 0.80 M., Eisenach 6 M., Cassel 2.80 M., Neumünster 1.20 M., München 11 M., Mainz 3.80 M., Bremerhaven 28.60 M.

M. Marl.

Empfehlung den Genossen mein Freunden Logis, sowie Mittags- und Abendstisch in reichhaltiger Auswahl. Zählstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm
Berlin SO., Ritterstr. 123.

Mod. pratt. Schriftenheft

1.50 M. und 80 Pf., ferner Anleitung zum Schriftenlesebogen von König 2.70 M., Schriftenheft mit 100 versch. Schriften von Reihe 2.50 M., 20 Deltabuben 4 M., Materialien und Materialleider billig.

P. Steet,
Nürnberg, Ob. Wörthstr. 18.

50 bunte Malvorlagen M. 6.—
Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturgetreu).

Ph. Brühl, Geisen i. Westf.

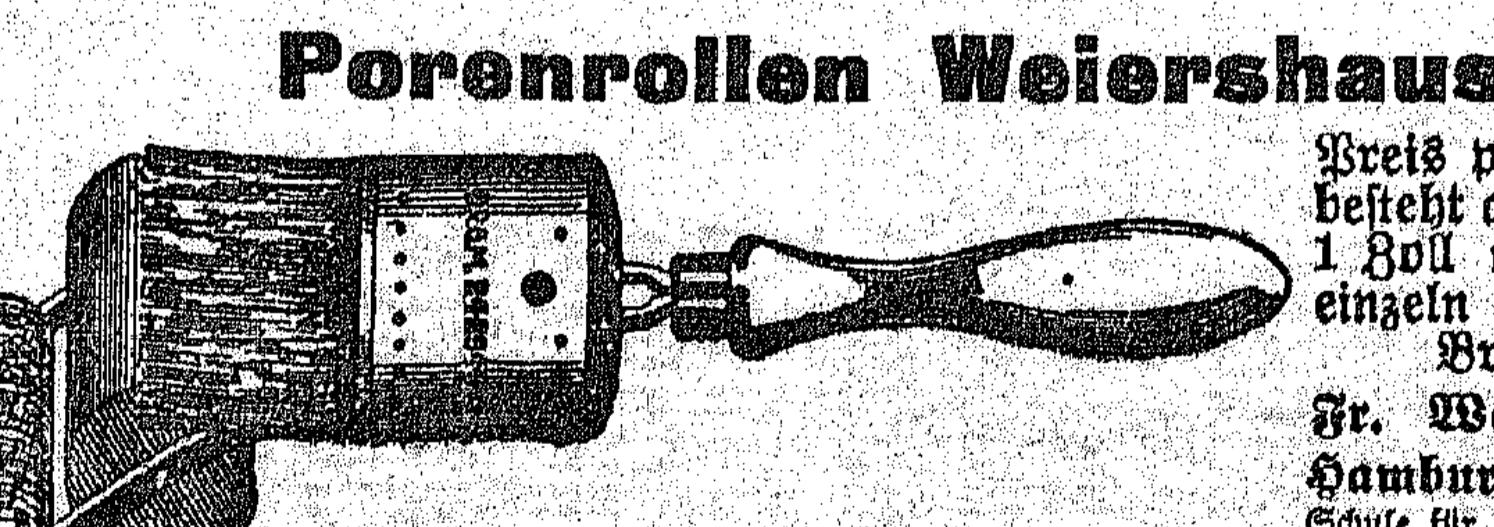
Erste Schule für
Holz, Marmor und Schrift

Wilhelm Klingelmann, München,
Liebigstrasse 22,
Prospekte gratis. [2.00] Prospekte gratis.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 1 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marl
Hamburg, Schmalenbekerstr. 17.
Verlag von G. Wentler, Hamburg 22.
Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 22.

Porenrollen Weiershausen.



Preis per Paar Mark 6.—
besteht aus folgend. Breiten:
1 Zoll und 2½ Zoll. Auch
einzelne zu beziehen. 3 Zoll
Breite Mark 4.50.

Fr. Weiershausen & Co.,
Hamburg 5, Lindenstr. 19,
Schule für Holz- u. Marmor-Imitation.
Beginn: 15. Ott. — 15. März.
Prospekte gratis.

Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg II.

**MALERSCHULE
HAMMELN a. d. Weser.**
stift. sub. unter staatl. Aufsicht.
Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz und Marmormalerei, sowie Vor- träge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten durch bestätigte Fachlehrer
Gegründet 1896. — Separate Lehräle. — Prospekte frei.